



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Parlamentarischer Abend  
mit der SPD

Landtag stellt  
2,5 Millionen für nebenberuf-  
liche Lehrkräfte bereit

Ausstieg aus der Lern-  
mittelfreiheit

Beurteilungsrichtlinien:  
„Neuer Wein  
in alten Schläuchen?“

Durchbruch: KMS zur  
Prüfertätigkeit

Die österreichische Handels-  
akademie als Vorbild!?



„Wer Bildung stärken will, muss Lehrer stärken“



9. Bayerischer Wirtschaftsschultag in Augsburg

## HERAUSGEBER

Hans Käfler, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Hans Preißl  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg  
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13  
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14  
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 66 14 15  
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91  
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
E-Mail: kohn@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

## GESTALTUNG

signum3 oHG  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90  
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98  
E-Mail: gc@signum3.de

## DRUCK

Böhler Verlag GmbH  
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 6 34 31  
Telefax: 09 31 - 61 17 84

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 08-09: 2005-07-11  
für Heft 10: 2005-09-12  
für Heft 11: 2005-10-04

ISSN 0942 – 6930

## Thema des Tages

- 3 Hans Preißl: Politikwechsel durch Ministerwechsel?

## Bildungspolitik

- 4 Marion Götz: Parlamentarischer Abend mit der SPD  
6 Hans Preißl: 2,5 Millionen für nebenberufliche Lehrkräfte  
7 Hans Preißl: Ausstieg aus der Lernmittelfreiheit  
9 abl-Verbände gratulieren Siegfried Schneider

## Dienstrecht

- 10 Wolfgang Lambl: Beurteilungsrichtlinien in Kraft getreten  
11 Wolfgang Lambl: Umzugskostengesetz – Landtagsausschuss bessert nach  
12 Wolfgang Lambl: Ablehnung des LDO-Änderungsentwurfs  
13 Wolfgang Lambl: Endlich – KMS zur Prüfertätigkeit

## FOS / BOS

- 10 Hans Dietrich: Schnittstellenproblematik zwischen Zubringerschule  
und Fachoberschule

## Wirtschaftsschule

- 10 Martin Ruf: Bayerischer Wirtschaftsschultag 2005  
20 Bernhard Zeller: Die österreichische Handelsakademie als Vorbild?

## VLB Initiativen

- 23 Stellungnahme des VLB zum Entwurf einer Änderung der Dienstordnung  
für Lehrkräfte an staatlichen Schulen

## Die Lehrerseite

- 24 Peter Thiel: Der Aufkleber

## Pädagogik und Unterricht

- 25 Klaus Heinemann: Schüler betreiben DV-Unternehmen

## Aus dem Verbandsleben

### Bezirks- und Kreisverbände

- 26 BV Mittelfranken, KV Bamberg-Forchheim, KV Oberbayern-Südwest  
und -Nordwest

### Fachgruppen

- 28 FG Personalvertretung, FG Agrarwirtschaft; FG Sozialkunde,  
FG Handelsberufe

### Referendare und Studenten

- 33 Edigna Kellermann und Jürgen Krotter neue VLB-Referendarsprecher

### Senioren

- 34 Berthold Schuler: Beratung Praktisch

- 35 **Personalien**

- 36 **Vermischtes**

## Umschau

### Für Sie persönlich

- 37 Formular zur Meldung von Haftpflichtschäden  
38 VLB-Beitragsordnung

- 39 **Termine**

### Letzte Umschlagseite

- 40 Einstellungsverfahren 2005

Titelfotos: Martin Ruf

# Politikwechsel durch Ministerwechsel?

„Gute Schule gelingt nur mit motivierten Lehrkräften.“

Siegfried Schneider, Kultusminister

## HANS PREISL

Monika Hohlmeier hat aus den öffentlichen Anschuldigungen Konsequenzen gezogen und das Amt der Kultusministerin zurückgegeben. Seit 1998 stand sie an der Spitze des Ressorts.

Auch wenn die Ministerin in den letzten Monaten arg in die Defensive geraten ist, darf ihr bescheinigt werden, dass sie in der Bildungspolitik durchaus Akzente gesetzt hat. Sie hat

- einen Modernisierungskurs der Schulen auf den Weg gebracht
- Verantwortung von oben nach unten verlagert
- den Schulen mehr Autonomie gegeben
- die Einführung neuer Unterrichtsmethoden forciert

Aus Verbandssicht ist besonders erwähnenswert, dass sie mehr Interesse an der beruflichen Bildung zeigte als ihr Vorgänger.

Natürlich blieb das Problem, dass sie die Politik der Staatsregierung umzusetzen hatte. Die Prioritätensetzung in Staatskanzlei und Finanzministerium zog der Bildungspolitik allzu enge Grenzen. Wegen der Fixierung auf das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts musste sie tatenlos zusehen, wie

- Der Finanzminister in großem Umfang Lehrstellen einkassierte
- Die Arbeitszeit der Lehrer mehrmals verlängert wurde
- Überflüssig gewordene Verwaltungsbeamte den Schulen aufs Auge gedrückt wurden
- Gerade an beruflichen Schulen in nicht mehr vertretbarem Ausmaß Unterricht ausfiel

Da die vielen Reformprojekte den Lehrern erhebliche Zusatzbelastungen aufbürdeten, hat der Beruf Härten



Siegfried Schneider, Bayerns neuer Kultusminister.

angenommen, die mittlerweile auch seine künftige Attraktivität erheblich beeinträchtigen.

Es ist eine nicht mehr zu übersehende Unruhe unter Bayerns Eltern, Schülern und Pädagogen eingetreten. Selbst die Seiten der bildungspolitisch wenig aufgeschlossenen Tagespresse füllen sich mit Unmutsartikeln. Auf keinem anderen Feld ist die Staatsregierung in den vergangenen Monaten so sehr in die Defensive geraten wie in der Schulpolitik.

Auf den neuen Kultusminister kommt eine ausgesprochen schwierige Aufgabe zu.

Da ist es sicher hilfreich, dass er im doppelten Sinne als Experte gilt:

- Als Pädagoge kann er auf eine 14-jährige Erfahrung im Schuldienst zurückblicken
- Als Vorsitzender des bildungspolitischen Ausschusses wird seine offene, sachliche und freundliche Art geschätzt.

Im Verband hat Siegfried Schneider bei vielen Gesprächen, Begegnun-

gen und parlamentarischen Abenden Pluspunkte gesammelt, weil er

- nie mehr verspricht, als er halten kann
- immer offen, geradlinig und aufrecht auftritt
- die Fähigkeit besitzt zuzuhören
- für neue Ideen aufgeschlossen ist
- sich sachlichen Argumenten zugänglich zeigt

Für Schlagzeilen sorgt er nicht, um seine Karriere zu befördern, sondern um etwas in der Sache zu erreichen. So geschehen im vergangenen Dezember, als er in einem Brandbrief an Ministerpräsident Edmund Stoiber auf 800 fehlende Lehrerstellen in Bayern hinwies. Interessierte publizistische Kreise wollten die Sache zu einem Königinnenmord hochstilisieren. Später stellte sich heraus, dass es mit Zustimmung von Monika Hohlmeier geschah, um mehr Geld für die Bildung herauszuschlagen.

Mit Siegfried Schneider werden deshalb Hoffnungen auf einen Politikwechsel verbunden. Bildung soll den Status bekommen, der ihr in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten versprochen worden war. Dabei muss er im Landtag und in der Öffentlichkeit Überzeugungsarbeit leisten, damit er Verbündete findet, mit denen er den Brachialsaniern in Staatskanzlei und Finanzministerium Paroli bieten kann. Wenn es gelingt Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß zu betreiben, könnte auch die berufliche Bildung aus der Rolle des politischen Stiefkinds ausbrechen. Investitionen, die heute versäumt werden, verursachen Defizite, die uns später ein Mehrfaches kosten werden.

## Verbesserung der Auszubildendenreife

Zu viele Schüler verlassen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss. Diese Personengruppe stellt ein großes Problempotenzial dar, denn die künftigen Lebenschancen dieser Jugendlichen, die an der Schwelle zum Berufsleben noch nicht einmal einen Hauptschulabschluss vorweisen können, sind erheblich schlechter als die ihrer Altersgenossen.

### Verringerung der Abbrecher einer Berufsausbildung

Die Aussicht, dass diese Jugendlichen auch im Berufsleben scheitern, ist leider groß – schlecht qualifizierte Personen sind unter den Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert. Individueller Förderunterricht darf nicht das Privileg der Schularten bleiben, die ohnehin die Eliten eines Landes einsammeln. Geeignete individuelle Fördermaßnahmen auch an Berufsschule und Berufsfachschule können Jugendlichen, die in einer bildungsfernen Lebenswelt aufwachsen, Bildungs- und damit Zukunftschancen eröffnen.

### Gleichwertigkeit beruflicher Bildung

Das Prestige-Projekt G8 hat die Balance von allgemeiner und beruflicher Bildung gestört. Die beruflichen Schulen müssen für die im Hau-Ruck-Verfahren durchgedrückte Gymnasialreform bluten. An den neuen Minister richtet sich die Erwartung, dass das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung nicht zum leeren Lippenbekenntnis verkommt.

### Vollzeitschulische Angebote für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

Wenn das duale System jungen Schulabgängern zu wenig Ausbildungsplätze anbietet, müssen schulische Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Der Ausbau von Berufsfachschulen gibt jenen jungen Menschen eine Perspektive, die sich vergeblich in die immer länger Warteschlange um eine Lehrstelle eingereiht haben.

### Fazit

Bildung muss wieder zum zentralen Aktionsfeld der Politik werden. Dabei dürfen die entscheidenden Weichenstellungen nicht in der Staatskanzlei oder im Finanzministerium erfolgen. Die Kompetenz für Bildungs- und Schulpolitik liegt beim Kultusminister. Dazu wünschen wir Siegfried Schneider viel Erfolg. Die Unterstützung unseres Verbandes ist ihm sicher.

<

## Parlamentarischer Abend mit der SPD:

# „Keiner darf verloren gehen“

### MARION GÖTZ

Im Mittelpunkt des jährlichen Gedankenaustauschs mit der SPD stand das Thesenpapier „Keiner darf verloren gehen“, in welches die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Marianne Schieder einführte.

Auf einer Linie lag man im Besonderen in den Punkten größere pädagogische und organisatorische Selbstständigkeit der Schulen, auch im Hinblick auf die Bildung von Kompetenzzentren. Unabdingbar verbunden damit ist eine aufgabenbezogene, personelle und sachliche Ausstattung, so die einhellige Meinung aller Gesprächsteilnehmer.

Dankbar aufgenommen wurde von der anwesenden „Damenriege“ der SPD der Hinweis, dass die Wirtschaftsschulen und hier insbesondere der nicht zu bewältigende Ansturm von Bewerbern für diesen speziellen Schultyp im bildungspolitischen Konzept der SPD bislang fehlt.

Die Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer betonte die Vorstellungen der SPD zu den Reformen der Berufsvorbereitung. Sie führte aus, die Zahlen derjenigen, die ohne Abschluss die Schulen oder die Berufsausbildung verlassen, seien besorgniserregend. Erforderlich sind vollzeitschulische (voll- und teilqualifizierende) Bildungsangebote.

Diskussion gab es über die Absichten der SPD durch Zusammenführung der Fachober- und Berufsoberschulen ein Berufsgymnasium zu etablieren. Alexander Liebel betonte dabei, die Notwendigkeit Mindeststandards bei der beruflichen Vorbildung der Schüler sicherzustellen.

Trotz der erfreulichen Informationen über die von Kultusminister Schneider in aussichtgestellten Mittel von 2,5 Mio für die Fortführung der befristeten Verträge von nebenberuflichen Lehrkräften, die in vielen Bereichen unverzichtbar sind, bleibt die Sorge um die jungen, zur Anstellung

anstehenden Referendare. Der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Lambl spricht von einer „fatalen Einstellungssituation“. Durch die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit und die Einführung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos würden nicht einmal die Hälfte der ausgebildeten Junglehrer eine Anstellung finden. Dies wird sich nach Aussage von Manfred Greubel in den nächsten Jahren negativ auswirken.

Reinhard Küffner, Fachlehrerreferent, stellte die nochmals gestiegenen Spitzenbelastungen der Gruppe der Fachlehrer, insbesondere bei Blockbeschulung und Einsatz in Lernfeldern, heraus.

Hans Käfler fordert für die Lehrerbildung im beruflichen Schulwesen zur Sicherung der Professionalität der Lehrkräfte den Studiengang an der

### VLB-Standpunkte und Forderungen an die SPD-Fraktion (Alle Bilder von links nach rechts):

- 1 „Der Ausfall von 3 500 Stunden Pflichtunterricht an den Berufsschulen ist nicht hinnehmbar“ – MdL Karin Radermacher, Hans Käfler und MdL Marianne Schieder.
- 2 „Wir brauchen gut ausgebildete Lehrkräfte an den beruflichen Schulen“ – Hans Käfler, MdL Marianne Schieder, Anette Voss (SPD) und Michael Birner.
- 3 „Die Anmeldungen an den Fach- und Berufsoberschulen sind um bis zu 20 Prozent höher als 2004/05“ – Hansjörg Bosch, Alexander Liebel und MdL Angelika Weikert.
- 4 „Sie haben die Wirtschaftsschulen in ihrem Reformkonzept vergessen!“ – Anette Voss (SPD), MdL Christa Naaß und Michael Birner.
- 5 „Warum erhalten die beruflichen Schulen 50 Prozent weniger Anrechnungsstunden als vergleichbare Gymnasien?“ – Dr. Angelika Rehm und MdL Gudrun Peters.
- 6 „Die Belastungsgrenze der Kolleginnen und Kollegen an den beruflichen Schulen ist nach den Arbeitszeiterhöhungen überschritten“ – MdL Karin Pranghofer und Wolfgang Lambl.
- 7 „An den beruflichen Schulen geht keiner verloren – dafür sorgen unsere engagierten Lehrkräfte“ – Reinhard Küffner, Wolfgang Lambl, MdL Karin Pranghofer und Manfred Greubel.
- 8 „Nehmen viele Anregungen als Hausaufgaben mit nach Hause“ – MdL Karin Radermacher bedankt sich für die Einladung bei Hans Käfler (Bild Seite 6).



1



2



3



4



5



6



7

**Teilnehmer der  
SPD-Landtagsfraktion:**

- MdL Karin Rademacher
- MdL Marianne Schieder
- MdL Karin Pranghofer
- MdL Dr. Linus Förster
- MdL Annette Voß
- MdL Heidi Lück
- MdL Christa Naaß
- MdL Gudrun Peters
- MdL Dr. Simone Strohmayer
- MdL Florian Ritter
- MdL Angelika Weikert

**Teilnehmer des VLB:**

- Hans Käfler
- Alexander Liebel
- Michael Birner
- Wolfgang Lambl
- Dr. Angelika Rehm
- Gertrud Schneider
- Hansjörg Bosch
- Marion Götz
- Manfred Greubel
- Reinhard Küffner
- Matthias Kohn



8

Universität dauerhaft zu belassen. Der Masterstudiengang für das Studium des Lehramts an beruflichen Schulen ist Voraussetzung für die hohe Qualität in den Fachwissenschaften. Der VLB kann sich daher ein Studium an der Fachhochschule nicht vorstellen.

„Wir werden an der Berufsschule Raucher nicht entwöhnen“, so die Dienstrechtsreferentin Marion Götz. Es können nicht alle gesellschaftlichen Probleme auf dem Rücken unserer Lehrer ausgetragen werden.

#### Lehrerversorgung:

## Landtag stellt 2,5 Millionen für nebenberufliche Lehrkräfte bereit

**HANS PREISSL**

Im kommenden Schuljahr warten an Bayerns beruflichen Schulen 315 Referendare und 20 Seiteneinsteiger darauf eingestellt zu werden. Diese Hoffnung kann sich aber nur ein Teil der angehenden Berufsschullehrer machen. Im staatlichen Bereich ist damit zu rechnen, dass 200 Einstellmöglichkeiten bestehen. Für die privaten und kommunalen Schulen darf man mit einem Einstellungsbedarf von 80 bis 100 rechnen.

Auf beiderseitiges Unverständnis stieß die Antwort von Kultusminister Schneider auf die Nachfrage der Landtagsabgeordneten Peters zur unterschiedlichen Behandlung in Bezug auf die Anrechnungsstunden von Berufsschulen einerseits und Gymnasium bzw. Realschulen andererseits. Kultusminister Schneider weist in der Antwort auf die schriftliche Anfrage von Frau Peters daraufhin, dass sich dies einerseits damit rechtfertige, dass in der Berufsschule Teilzeitschüler unterrichtet würden und andererseits, läge dies an dem erhöhten Anforderungsprofil des Kollegstufenunterrichts und dem damit verbundenen höheren Vorbereitungs- und Nachbereitungsaufwand. Außerdem hätte Gymnasien und Realschulen eine große Anzahl von Jahrgangsstufen und damit unterschiedliche fachliche Anforderungen im Hinblick auf die Altersstruktur der Schüler zu bewältigen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karin Radermacher bedankte sich ausdrücklich für die Einladung und die offene, konstruktive Gesprächsatmosphäre. <

bekanntlich andere Ziele und stellen die benötigten finanziellen Ressourcen nicht bereit. Das zwingt das KM zu einer etwas ungewöhnlichen Vertragsgestaltung. Die staatlichen Stellen werden in drei Varianten vergeben:

- Reguläre Planstellen
- Sog. „Super-Verträge“
- Ein-Jahres-Verträge

Die Super-Verträge werden auf zwei Jahre abgeschlossen und beinhalten ein Dreiviertel-Deputat. „Super“ sind diese Verträge deshalb, weil sie monetär vollen Stellen entsprechen. Es wird nämlich darauf verzichtet Sozialversicherungsbeiträge einzubehalten.

Deutlich schlechter sind die Kollegen mit Ein-Jahres-Verträgen gestellt. Diese stammen aus dem Kreuther Kontingent. In einer Nachschubliste erhalten alle Schularten zusammen 500 zeitlich auf ein Jahr befristete Stellen, um die größte Lehrernot zu beheben. Sie werden größtenteils lediglich Zwei-Drittel-Stundendeputate enthalten.

Zur Not könnte man Zeitverträge ja akzeptieren, wenn sie der Lösung eines vorübergehenden Problems dienen. Nur davon kann nun wirklich nicht seriös die Rede sein. Der VLB hat es dem Ministerpräsidenten ja klar vorgerechnet, dass an beruflichen Schulen ein Einstellungsbedarf von 659 Lehrkräften besteht, wenn man steigenden Schülerzahlen Rechnung trägt, Unterrichtsausfälle kompensiert und ausscheidende Lehrer ersetzt.

Es handelt sich also nicht um einen temporären, sondern um einen strukturellen Mangel, dem mit Zeitverträgen nicht beizukommen ist.

#### Unterrichtspflichtzeit-Erhöhung: Finanzminister kassiert 213 Planstellen

Zu verdanken ist diese missliche Situation dem Umstand, dass der Finanzminister die erneute Unterrichtspflichtzeit-Erhöhung dazu missbraucht hat, 213 Planstellen allein im beruflichen Bereich einzukassieren. Da über Pensionierungen nur 300 Planstellen frei werden, ergibt sich

diese fatale Einstellungssituation. Zu Recht ärgern sich die Bewerber, wurden sie doch vom Kultusministerium mit vollmundigen Versprechungen auf der Homepage angelockt: „So gut wie in den nächsten Jahren waren die Berufsaussichten für Lehrkräfte an beruflichen Schulen schon seit Langem nicht mehr. Wenn Sie sich für dieses Studium entscheiden, werden Sie die richtige Entscheidung treffen“.

Solche Maßnahmen konterkarieren natürlich alle Bemühungen den Beruf des Lehrers an beruflichen Schulen so attraktiv zu machen, dass langfristig der Nachwuchs gesichert werden kann.

### Praktische Fachkunde: Unterrichts-„GAU“ abgewendet

Der Unterrichts-GAU im Bereich der praktischen Fachkunde konnte in letzte Minute verhindert werden. Ende des letzten Schuljahres war das Kultusministerium gezwungen worden Mittel im Umfang von 60 Planstellen zugunsten des G8 abzuliefern. Deshalb wurden die Gelder aus dem Etat für nebenberufliche Lehrkräfte in den Gymnasialbereich verschoben. Das hätte bedeutet, dass zum Ende des Schuljahres die Mittel für die befristet eingestellten nebenberuflichen Lehrkräfte aufgebraucht gewesen wären. Damit hätte es für die Unterrichtsversorgung im praktischen Unterricht schwarz ausgesehen. Quer durch Bayern hätte es an einer Reihe von Berufsschulen Unterrichtsausfall von hundert und mehr Stunden gegeben. Das hätte die Rolle der Berufsschulen im dualen System erheblich geschwächt.

Hier konnte der VLB natürlich nicht tatenlos zusehen. Unermüdlich wurden die Volksvertreter vor Ort mit den Problemen konfrontiert. Zahlreiche Stimmkreisabgeordnete wurden in die Schulen eingeladen und konnten sich ein Bild von der prekären Lage machen. Die SPD brachte einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag ein. Die zahlreichen Appelle und Eingaben führten schließlich zu einem Erfolg. Der neue Kultusminister Siegfried Schneider hat angesichts der eindeutigen Faktenlage unverzüglich

Verhandlungen mit dem Finanzministerium aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen. Im Landtag kündigte er an, was an vielen Berufsschulen in Bayern große Erleichterung auslöst:

„Zur Sicherstellung des Unterrichts insbesondere im Bereich der praktischen Fachkunde an den beruflichen Schulen werden im Haushaltsvollzug 2,5 Mio Euro zur Verfügung stehen.“ Diese Mittel stehen ab sofort im laufenden Doppelhaushalt für nebenberuflichen und nebenamtlichen Unterricht bereit.

### Dank an Kultusminister und beteiligte Abgeordnete

Der VLB dankt dem neuen Kultusminister, allen Abgeordneten und Ver-

antwortlichen, die sich für die Verbesserung der Personalversorgung an den beruflichen Schulen einsetzen. Das Beispiel zeigt, wie dringend erforderlich es ist die Politiker vor Ort über die Nöte an beruflichen Schulen zu informieren. Deshalb der dringende Appell: Laden Sie Ihre Stimmkreisabgeordneten ein und stellen Sie die Situation in Bezug auf Lehrerversorgung, steigende Klassenstärken, Jugendliche ohne Auszubildungsverhältnis, ausfallenden Unterricht, Mehrarbeit, Arbeitsbelastung... eindringlich dar. Konfrontieren Sie die Abgeordneten mit den Problemen vor Ort. Notwendige Entscheidungen müssen auch bei einem engen Haushaltskorsett getroffen werden! <

### Büchergeld:

## Ausstieg aus der Lernmittelfreiheit

### HANS PREISL

Die bayerische Staatsregierung will weiterhin einen rigiden Sparkurs fahren und schreckt dabei auch vor Einschnitten im Bildungsbereich längst nicht mehr zurück. Eine besonders umstrittene Maßnahme soll ab dem kommenden Schuljahr umgesetzt werden: Dem Sparzwang wird die Lernmittelfreiheit geopfert.

Damit fällt eine bildungspolitische Errungenschaft, die 1948 eingeführt wurde, als öffentliche Haushalte wirklich unter Druck standen, weil sie die Folgen der Kriegskatastrophe zu bewältigen hatten.

Das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand wird gekippt. Den Betroffenen verkauft der Gesetzentwurf das als „Eigenbeteiligung zur Finanzierung der Kosten der Lernmittelfreiheit für die Beschaffung von Schulbüchern“.

### Büchergeld als „Eigenbeteiligung an der Lernmittelfreiheit“

Für diese Eigenbeteiligung sollen von den Schülern

- im Berufsvorbereitungsjahr an Berufsschulen 20 Euro
- in Teilzeitklassen an beruflichen Schulen ebenfalls 20 Euro
- an sonstigen Schulen 40 Euro einkassiert werden.

Der Betrag wird vom Träger des Schulaufwands erhoben, fließt ihm zu und ist nach der gesetzlichen Zweckbestimmung ausschließlich für die Versorgung mit (lernmittelfreien) Schulbüchern bestimmt.

### Stärkung der Elternbeteiligung

Der Gesetzestext will auch die Mitwirkungsrechte der Eltern stärken. Über die Einführung zugelassener Lernmittel an der Schule entscheidet zwar die Lehrerkonferenz (im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmit-

tel). Sie muss sich aber abstimmen mit dem Schulforum bzw. bei Berufsschulen mit dem Berufsschulbeirat.

Das Mitwirkungsrecht dieser Gremien ist als Abstimmungserfordernis ausgestaltet.

Der Gesetzestext sieht dabei auch vor, dass Schulforum und Berufsschulbeirat Obergrenzen für die Aufwendungen bei übrigen Lernmitteln einschließlich des Kopiergeldes vorsehen können.

### Sozialkriterien

Durch verschiedene Ausnahmetatbestände soll die soziale Absicherung Bedürftiger gewährleistet werden. Von einer Eigenbeteiligung werden auf Antrag befreit:

- Unterhaltspflichtige, die für drei oder mehr Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen, ab dem dritten Kind
- Bezieher von Arbeitslosengeld II
- Bezieher von Sozialgeld
- Bezieher von Sozialhilfe
- Bezieher von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz

Außerdem entfällt die Eigenbeteiligung bei Schülern, die

- ein Berufspraktikum ableisten,
- die Lernmittelfreiheit für alle Schulbücher nicht in Anspruch nehmen
- Ausbildungsmittel durch die Ausbildungsträger kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen

Als Stichtag für die Erhebung des Büchergeldes wird der für die amtlichen Schuldaten maßgebliche Stichtag (1. Oktober bei allgemein bildenden Schulen, 20. Oktober bei beruflichen Schulen) festgelegt. Ausschließlich bis zu diesem Zeitpunkt können auch Anträge auf Befreiung von der Zahlung des „Büchergeldes“ gestellt werden.

### Bescheidenes Einsparvolumen

Von den Einsparungen profitieren sowohl das Land Bayern als auch die Kommunen. Für den Haushalt des Freistaats wurde ein Einsparvolumen von 15 Mio. Euro errechnet. (Vergleich: die Infrastruktur für den neuen

Bolztempel „Allianz-Arena“ verschlingt 300 Mio. Euro).

Die Kommunen werden mit weiteren 6 Millionen entlastet. Allerdings relativiert sich diese Summe, wenn man bedenkt, welcher Verwaltungsaufwand auf die Kommunen zukommt. Die blauäugige Rechnung der Staatsregierung geht von einer effektiven Kostenbelastung der Kommunen in Höhe von 4,2 Mio Euro aus. Selbst bei dieser tiefgerechneten Belastung steht einem Einsparvolumen von 21 Mio ein Verwaltungsaufwand in Höhe von zwanzig(!) Prozent gegenüber.

Das Konnexitätsprinzip wird dafür sorgen, dass der Verwaltungsaufwand der Kommunen beim Vollzug der neuen Regelung in Grenzen gehalten wird. Deshalb ist eine Verfahrensweise vorgesehen, die an unseren Schulen zusätzlichen bürokratischen Aufwand bringen wird, und zwar in einem nicht unerheblichen Ausmaß.

### Inkassoverfahren auf die Schulen abgewälzt

Weil die kommunalen Spitzenverbände den zusätzlichen Verwaltungsaufwand in Rechnung stellen wollen, werden die Aufwandsträger mit der Formulierung beruhigt:

„Das Erheben des Geldes durch die Träger des Schulaufwands bedeutet nicht, dass dabei nicht auf die (staatlichen) Schulen zurückgegriffen werden kann.“ Diese Formulierung dürfte dafür an den Schulen erhebliche Unruhe erzeugen. So existieren schon recht konkrete Vorstellungen, wie die Schulen bei der Erhebung der Eigenbeteiligung eingespannt werden können.

- Aushändigen von Merkblättern
- Einsammeln des Geldes
- Einzahlung auf das Konto
- Übergabe von Einzahlungsvordrucken
- Entgegennahme der Befreiungsanträge
- Vollständigkeitsprüfung der Befreiungsanträge
- Überprüfung der Zahlungseingänge
- Zahlungserinnerung
- Transport des an der Schule eingehobenen „Büchergelds“ zur Bank

### Schulen sind keine Zweigstellen von Sozialämtern

Das Büchergeld bedeutet für die Schulen nicht nur einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, sondern auch die wirklich nicht wünschenswerte Konfrontation mit sensiblen Daten, die durch die notwendige Befreiung für sozial schwache Familien entstehen.

### Profiteure: Die Schulbuchverlage

Ins Fäustchen lachen sich die Schulbuchverlage. Mit dem Büchergeld ändert sich der urheberrechtliche Status von Unterrichtswerken. Dadurch diktieren die Verlage die Konditionen für „die öffentliche Zugänglichmachung eines für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werkes“ (Urheberrechtsgesetz). Dieser Tatsache verdanken wir die besonders an beruflichen Schulen höchst unerfreuliche Beschränkung, dass das Büchergeld ausschließlich für lernmittelfreie Bücher verwendet werden darf. Kultusminister Schneider hat immerhin eine Revisionsklausel durchgesetzt, die nach drei Jahren eine breitere Nutzung des Büchergeldes ermöglichen soll.

### Fazit

Mit dem Büchergeld gibt der Freistaat faktisch die Lernmittelfreiheit auf. Der Einsparungseffekt ist marginal. Das soziale Feigenblatt verursacht einen bürokratischen Aufwand, der die Schulen mit zusätzlichen wesensfremden Aufgaben überfrachtet. Der Staat zieht sich weiter aus der Bildungsfinanzierung zurück und verordnet den Eltern ein Konjunkturprogramm für Schulbuchverlage. <

## abl-Verbände gratulieren Siegfried Schneider zur Berufung zum Kultusminister

Die in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen bayerischen Lehrerverbände (abl) verbinden mit der Berufung von Siegfried Schneider

gewinnen.“ In den zurückliegenden Jahren musste man den Eindruck gewinnen“, fuhr abl-Sprecher Käfler fort, „dass viele Reformen angestoßen

zu erheblichen Zusatzbelastungen für Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen geführt.

Die Vorsitzenden der Verbände äußerten deshalb die Erwartung, dass der neue Kultusminister Reformen am Machbaren und Zumutbaren misst. Denn entscheidend ist nicht, so Käfler, dass Reformen stattfinden. Entscheidend ist, was an effektiver Verbesserung im Sinne einer bestmöglichen Förderung für unsere Kinder und Jugendli-

Hans Käfler (links) überreicht als abl-Sprecher dem neuen Kultusminister (Mitte) ein Exemplar einer Lokomotive, die Passauer Berufsschüler in einem lernortübergreifenden Projekt (Schule – Betrieb) hergestellt haben. Wer auf der Lokomotive sitzt, will nicht um jeden Preis auf jeden Zug aufspringen, sondern seinen Zug in Fahrt bringen. Um diesen Zug zielsicher auf den Gleisen zu rangieren und in Bewegung zu halten, braucht sie viel Kraft. Schüler und Lehrer wünschen dem Minister, dass er für seine Lokomotive bei knapper werdenden Ressourcen ausreichend Energie mobilisieren kann.



zum Kultusminister die Hoffnung auf eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung der bayerischen Schulen.

Dabei sollen die begonnenen Reformen, so abl-Sprecher Hans Käfler, nach ihrem pädagogischen Wert hinterfragt und mit mehr Ruhe und konzeptionell durchdacht umgesetzt werden. Die Vorsitzenden der vier abl-Lehrerverbände, Max Schmidt, Bayerischer Philologenverband (bpv), Anton Huber, Bayerischer Realschullehrerverband (BRLV), Bernd Buckenleib, Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern (KEG) und Hans Käfler, Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB), stimmen in der zentralen Forderung überein, das gegliederte Schulwesen in Bayern mit klaren Zielen weiter zu entwickeln. „Nur wer den Lehrkräften sagt, was das Ziel der Reformen ist, kann diese für die gemeinsame Sache

wurden, ohne das gemeinsame Ziel zu definieren und dass mit den Reformen nicht gleichzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung gesorgt wurde.“ So haben die Reformen stets

chen gewonnen wird. Gemessen an dieser Richtschnur ist so manche begonnene Reform vom neuen Kultusminister zu hinterfragen, ist die gemeinsame Position der abl-Lehrerverbände. <

**Durch den Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums ergaben sich Veränderungen im Landtagsausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Die folgende Übersicht zeigt die aktuelle Zusammensetzung.**

Prof. Dr. Waschler, Gerhard, Vorsitzender	CSU
Schieder, Marianne, Stellvertr. Vorsitzende	SPD
Eisenreich, Georg	CSU
Heckner, Ingrid	CSU
Nöth, Eduard	CSU
Pachner, Reinhard	CSU
Pfaffmann, Hans-Ulrich	SPD
Pranghofer, Karin	SPD
Rüth, Berthold	CSU
Schmid, Peter	CSU
Sem, Reserl	CSU
Sibler, Bernd	CSU
Stahl, HGeorg	CSU
Thätter, Blasius	CSU
Tolle, Simone	B 90 / Grüne
Wägemann, Gerhard	CSU
Weikert, Angelika	SPD

Beurteilungsrichtlinien in Kraft getreten:

## „Neuer Wein in alten Schläuchen?“

WOLFGANG LAMBL

Die Richtlinien zu den Dienstlichen Beurteilungen sind nach intensiven Gesprächen, Stellungnahmen und dem Spruch der Einigungsstelle zum 1. Mai 2005 in Kraft getreten.

Der Hauptpersonalrat und die Lehrerverbände haben mit den Verantwortlichen des Ministeriums nach den Beschlussvorgaben des Landtages die Beurteilungsrichtlinien von der Entwurfsfassung (6. 10. 2003) in mehreren Gesprächs- und Beratungsrunden bis auf einen Punkt konsensfähig beraten. Der Dissenspunkt war und blieb die Übertragung der Beurteilungskompetenz von der Schulleitungsebene auf die Schulleitungsebene im Volksschulbereich. Doch nun zu den Kernpunkten.

### Rückkehr zu den 7 Beurteilungsstufen

Die Kritik an den Beurteilungsrichtlinien mit den 16 Punktwerten resultierte aus der „Schnitt-Vorgabe“ und den damit verbundenen Zwängen. Die Rückkehr zu einem Beurteilungssystem mit 7 Beurteilungsstufen und die Aussage von Seiten des Ministeriums, dass es „keine Schnittvorgabe geben werde“ machen eine Ähnlichkeit mit den Beurteilungsrichtlinien von 1997 unübersehbar.

Die Bewertung erfolgt nach einem System mit sieben verbal umschriebenen Bewertungsstufen. Das Gesamtergebnis der periodischen Beurteilung ist in einer der folgenden Bewertungsstufen auszudrücken:

- Leistung, die in allen Belangen von herausragender Qualität ist
- Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt
- Leistung, die die Anforderungen übersteigt
- Leistung, die den Anforderungen insgesamt entspricht
- Leistung, die die Anforderungen im Wesentlichen erfüllt

- Leistung, die Mängel aufweist
- Leistung, die insgesamt unzureichend ist

### Zu beurteilender Personenkreis

Die Möglichkeit, ab dem vollendeten 50. Lebensjahr einen Antrag auf Verzicht zu stellen, bedeutet einen Kompromiss zwischen der Altersgrenze 50 und dem Ausdehnen auf das 55. Lebensjahr dar. Der schriftliche Antrag auf Verzicht ist bis zum Beginn des Beurteilungsjahres (hier: 1. Januar 2006) einzureichen.

Die dienstliche Beurteilung soll die Leistung der Lehrkraft in Bezug auf ihre Funktion und im Vergleich zu anderen Lehrkräften derselben Besoldungsgruppe ihrer Laufbahn objektiv darstellen (§ 51 Abs. 2 LbV). Nach einer Beförderung ist daher Vergleichsmaßstab für die Beurteilung das von einer Lehrkraft der neuen Besoldungsgruppe zu fordernde Leistungsniveau.

### Einbeziehung der MAG in die DBU

In diesem Punkte war die Haltung des Hauptpersonalrates eindeutig: Eine beabsichtigte Einbeziehung der Ergebnisse des Mitarbeitergesprächs (MAG) in die DBU hätte die Chancen und Möglichkeiten des MAG zunichte gemacht.

Denn Erfordernissen einer Personalführung durch Zielvereinbarungen einen höheren Stellenwert zu geben, wurde insoweit Rechnung getragen, dass getroffene Zielvereinbarungen außerhalb des MAG, z. B. in einem sog. Dienst- und Führungsgespräch vereinbart werden, zum Personalakt zu nehmen sind und nach Art. 100 des Bayerischen Beamtengesetzes dem Personalaktenrecht unterliegen.

### Trennung von Leistungs- und Verwendungsbeurteilung

Die Vorgabe des Landtages, eine deutliche Trennschärfe zwischen unter-

richtlicher Leistung und Verwendungseignung herbeizuführen, wird dadurch ermöglicht, dass auf einem gesonderten Blatt Angaben über die dienstlichen Aufgaben und Funktionen der beurteilten Lehrkraft in gemacht werden. Diese sind unter der Überschrift „Verwendungseignung“ auf einem gesonderten Blatt zu vermerken, das der dienstlichen Beurteilung anzuheften ist.

Die Feststellung über die dienstliche Verwendungseignung muss sich aus den Beurteilungsaussagen schlüssig begründen lassen. Maßgebend ist jeweils die Eignung einer Lehrkraft, nicht z. B. die organisatorische Situation an der einzelnen Schule. Aussagen zur Verwendungseignung werden nicht gesondert bewertet.

### Vergleichbarkeit der BU-Ergebnisse

Die auf Regierungsbezirksebene umzusetzende „Schnittvorgabe“ von 9 Punkten war Ursache für die ablehnenden Rückmeldungen nach der Beurteilung 2001. Die Formulierung „Dazu gehört auch eine Vergleichbarkeit der Beurteilungsergebnisse auf Ebene der Schulaufsichts- und Regierungsbezirke“ unter 1.3.2 der Beurteilungsrichtlinien könnte in der Umsetzung wieder zu einer Richtwertempfehlung führen.

### Beteiligung des Personalrats

Eine Beteiligung des Personalrats bei der Erstellung der Beurteilung der Lehrkräfte ist weder vorgesehen noch zulässig. Die oder der Beurteilende kann nach Art. 67 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BayPVG generell die Tatsache der anstehenden Beurteilung mit dem Personalrat erörtern.

Das Beschwerderecht der Beschäftigten nach Art. 69 Abs. 1 Buchstabe c BayPVG bleibt unberührt.

Viele „bewährte“ Bestandteile der „alten“ Beurteilungsrichtlinien sind so mit einigen zeitgemäßen Entwicklungen kombiniert zu den Beurteilungsrichtlinien 2005 gewachsen.

Die Vorstellungen des Hauptpersonalrats und VLB fanden größtenteils Berücksichtigung.

So bleibt nun allen – Beurteilten und Beurteilern – die Hoffnung, dass die dienstliche Beurteilung im kommenden Jahr (und eventuell darüber hinaus) die Wirkung und Akzeptanz findet, die sich alle erhoffen. <

*Ihre Meinung interessiert uns:  
Verband der Lehrer an beruflichen  
Schulen in Bayern e.V.,  
Wolfgang Lambl, Dachauer Str. 4,  
80335 München, Telefax 089/ 5 50 44 43  
E-Mail: lambl@vlb-bayern.de*

**Umzugskostengesetz – Landtagsausschuss bessert nach:**

## Der BBB-Eingabe wird teilweise abgeholfen

**WOLFGANG LAMBL**

Als Retter in der Not erwies sich einmal mehr der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes unter seinem Vorsitzenden Prof. Dr. Walter Eykmann. Waren doch die Bemühungen des BBB, den Spargesetzcharakter des Entwurfs eines Bayerischen Umzugskostengesetzes weiter zu entschärfen, ziemlich festgefahren. Zur Erinnerung: Der erste Referentenentwurf eines neuen Bayerischen Umzugskostengesetzes im Sommer letzten Jahres war wegen der zahlreichen Verschlechterungen im Verhältnis zum geltenden Umzugskostengesetz für den BBB völlig unakzeptabel. Entsprechende Proteste des BBB führten zwar zu spürbaren Verbesserungen des Gesetzentwurfs, der Charakter des Spargesetzes blieb jedoch erhalten. Dies stand in Widerspruch zu Zusicherungen der verantwortlichen Minister, dass unter dem Strich keine Schlechterstellung erfolgen solle. In einem vom BBB-Vorstand deshalb daraufhin erbetenen Fachgespräch mit Vertretern des Finanzministeriums konnte in wichtigen Punkten eine Annäherung erzielt werden. Dies auch bei der Frage der Umzugskostenerstattung bei Einstellungen. Leider wurden anschließend vom Kabinett die Zugeständnisse des Finanzministeriums weitgehend wieder kassiert und aus dem Entwurf gestrichen.

### Hoffnung ruhte auf dem Landtag

Die Hoffnungen des BBB, doch noch zusätzliche Verbesserungen durchzu-

setzen, ruhten deshalb jetzt auf dem Bayerischen Landtag. In einer Petition bat der BBB die Abgeordneten um eine Nachbesserung des Gesetzentwurfs. Anhand einer beigefügten Synopse wurde nochmals der Sparcharakter des vorliegenden Entwurfs belegt. Im Mittelpunkt der Petition des BBB standen drei Forderungen:

*Aufbesserung der Härtefallregelung für Beamte, die in der Folge der Verwaltungsreform den Dienort wechseln müssen*

Für viele Betroffene wäre es eine unzumutbare Härte, aus einem vielleicht schon seit Jahrzehnten bestehenden sozialen Umfeld mit der gesamten Familie herausgerissen zu werden. Das alte und auch das neue Umzugskostengesetz eröffnet deshalb die Möglichkeit, am bisherigen Dienort wohnen zu bleiben, wenn dem Betroffenen die tägliche Fahrt zur und von der neuen Dienststelle zuzumuten ist. Bisher werden Fahrtkosten für eine maximale Distanz von 60 km ersetzt. Wer eine weitere Strecke fahren muss, bekommt allerdings gar nichts mehr. Künftig sollen bis zu 100 km ersetzt werden; auch dann, wenn die Entfernung noch größer ist. Diese Verbesserung wird jedoch auf der anderen Seite durch eine neue Einschränkung konterkariert. Während der Zeitraum der Bezugsdauer bisher nicht eingeschränkt ist, soll er künftig auf acht Jahre beschränkt werden. Im Blick auf die gesetzliche Altersgrenze von 65

Jahren bedeutet dies die faktische Anhebung der bisherigen Altersgrenze von 50 Jahren (in einer bestimmten Fallkonstellation sogar 45 Jahren) auf 57 Jahre. Denn wer jünger ist, müsste nach Ablauf der acht Jahre künftig alle Kosten selbst tragen. Der BBB hat in seiner Eingabe zumindest eine deutliche Erhöhung der Acht-Jahresgrenze gefordert, damit gegebenenfalls unter Inanspruchnahme von Antragsaltersgrenze oder Altersteilzeit der gebotene Härteausgleich getroffen werden kann.

*Erhöhung des Mietzuschusses für Wochenendpendler, die in der Folge der Verwaltungsreform versetzt werden und sich am neuen Dienort eine neue Unterkunft anmieten*

Die Gewährung eines solchen Mietzuschusses ist sicher grundsätzlich zu begrüßen. Der vorgesehene Zuschuss in Höhe von 130,00 Euro ist jedoch völlig unzulänglich. Die Eingabe des BBB forderte deshalb eine deutliche Aufstockung des Mietentschädigungsbetrags. Dabei wurde auch vorgerechnet, dass die alternativ mögliche Fahrtkostenerstattung bei täglicher Hin- und Rückfahrt den Dienstherrn deutlich teurer zu stehen kommt. Aufgezeigt wurde auch die Diskrepanz zur Trennungsgeldverordnung, die in einer vergleichbaren Konstellation ein mehrfaches an Leistungen gewährt, als den Opfern der Verwaltungsreform zudedacht ist.

*Erhalt der Möglichkeit, Umzugskosten aus Anlass der Einstellung zu gewähren*

Während nach dem noch geltenden Umzugskostengesetz Umzugskostenvergütung unter anderem für Umzüge aus Anlass der Einstellung an einem anderen Ort als dem bisherigen Wohnort zugesagt werden kann, schränkt der Gesetzentwurf diese Möglichkeit auf Fälle ein, in denen ein „besonderes dienstliches Interesse“ an der konkreten Einstellung vorliegt. In der Praxis würde das eine Reduzierung des Anwendungsbereichs auf nahezu Null bedeuten. In einigen Ver-

waltungsbereichen, so unter anderem im Schulbereich, finden aber häufig Einstellungen an weit vom bisherigen Wohnsitz gelegenen Dienstorten statt. Gerade für die jungen Beamten ist es eine besondere Härte, wenn sie mit ihren schmalen Anfangsbezügen auch noch die Kosten eines Umzugs finanzieren müssen. Die Fürsorgepflicht setzt mit der Berufung in das Beamtenverhältnis ein und sollte nicht ohne zwingenden Grund im vorgesehenen Maß beschnitten werden.

### Landtagsausschuss beschließt Verbesserungen

Neben den Eingaben hatte der Landtagsausschuss auch über verschiedene Änderungsanträge von Abgeordneten zu entscheiden:

Prof. Dr. Walter Eykmann und weitere CSU-Abgeordnete beantragten, den Mietzuschuss von 130,00 Euro auf 250,00 Euro zu erhöhen sowie die Höchstdauer für den Fahrtkostenersatz von acht Jahren auf zehn Jahre anzuheben. Den weitest gehenden Änderungsantrag stellten die Abgeordnete Christa Naaß und weitere SPD-Abgeordnete. Der SPD-Antrag übernahm in weiten Bereichen Forderungen, die auch der BBB in seiner Petition oder schon in seinen Stellungnahmen zum Gesetzentwurf erhoben hatte. So wurde gefordert, die Gewährung von Umzugskosten aus Anlass der Einstellung nicht durch das Erfordernis des besonderen dienstlichen Interesses einzuschränken, die Höchstbegrenzung von 100 km für den Fahrtkostenersatz für Pendler und deren Höchstbezugsdauer von acht Jahren ersatzlos zu streichen sowie Pendlern für Fahrten mit dem privaten Kfz einheitlich 0,30 Euro pro Kilometer zu erstatten ohne Unterscheidung, ob triftige Gründe vorliegen oder nicht.

Auch Adi Sprinkart und weitere Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen beantragten den Wegfall der geplanten Einschränkung bei den Umzugskosten aus Anlass der Einstellung.

Der CSU-Antrag auf Erhöhung des Mietzuschusses auf 250,00 Euro und Verlängerung der Bezugsdauer auf zehn Jahre wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen.

Damit wurde in diesen Punkten auch der BBB-Petition abgeholfen, die entsprechende Forderungen erhoben hatte. Die weitergehenden SPD-Anträge und der Grünen-Antrag wurden mit CSU-Mehrheit abgelehnt.

Dies bedeutet leider auch, dass der Petition des BBB sowie den Petitionen mehrerer BBB-Mitgliedsverbände mit der Forderung, die geplante rigorose Einschränkung der Möglichkeit, Umzugskosten aus Anlass der Einstellung zu gewähren, der Erfolg versagt blieb. Der Ausschuss stellte zwar fest, dass diese Einschränkung die bisher geltende Rechtslage erheblich verschlechterte. Mit den Stimmen der CSU-Fraktion wurde jedoch beschlossen, dass eine Änderung des Ge-

setzentwurfs in diesem Punkt nicht erfolgt. Als Grund wurde der bestehende Geldmangel genannt. Zu diesem Punkt hatte bereits Finanzminister Faltlhauser signalisiert, dass es hier überhaupt keine Zugeständnisse mehr geben könne.

Eine kleine Überraschung bot die Beratung über die SPD-Forderung der einheitlichen Gewährung von 0,30 Euro pro Kilometer für die Pendler. Zwar wurde dieser Antrag mit den CSU-Stimmen abgelehnt. Auf Anregung des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Walter Eykmann wurde aber beschlossen, den Haushaltsausschuss um Prüfung zu bitten, ob eine generelle Erstattung von 0,25 Euro pro Kilometer in Frage kommen könnte. <

### Ablehnung des LDO-Änderungsentwurfs:

## Freiraum statt Dirigismus

#### WOLFGANG LAMBL

Das Kultusministerium hat einen Änderungsentwurf zur Lehrerdienstordnung (LDO) vorgelegt.

Es geht dabei hauptsächlich um zwei Punkte:

- Übernahme der Änderung des Art. 59 BayEUG in die LDO
- Definition der außerunterrichtlichen Aufgaben einer Lehrkraft durch einen neu eingefügten § 9a

Ausgelöst durch das sog. „Kopftuchurteil“ hatte der Bayer. Landtag Art. 59 Abs. 2 BayEUG dahingehend geändert, dass äußere Symbole und Kleidungsstücke von Lehrkräften im Unterricht nicht getragen werden dürfen, wenn sie als Ausdruck einer Haltung verstanden werden können, die mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten nicht vereinbar sind. Diese Regelungen sollen künftig nahezu wortgleich in die LDO übernommen werden.

In dem neu eingefügten § 9a LDO sollen die außerunterrichtlichen Auf-

gaben der Lehrkräfte in acht Hauptpunkten und dreizehn Unterpunkten näher aufgelistet werden. Es liegt der Verdacht nahe, dass diese detaillierte Auflistung von außerunterrichtlichen Dienstpflichten eine Reaktion auf die „Rotstift“-Aktionen der Lehrerverbände darstellt.

Grundsätzlich ist die geplante Änderung der LDO abzulehnen, da die bisherigen Vorschriften für die Praxis voll ausreichen.

Eine nahezu wörtliche Übernahme der Regelungen des BayEUG bezüglich der „Kleiderordnung“ an Schulen bringt insbesondere im Zusammenhang mit dem Ziel der Staatsregierung, Vorschriften abzubauen, wenig Sinn und die bisherigen Vorschriften des § 9 LDO reichen voll aus, um die außerunterrichtlichen Aufgaben einer Lehrkraft klarzustellen. Die geplante detaillierte Auflistung kann von den Lehrkräften nur als Gängelung und formaler Dirigismus empfunden werden.

Der VLB und der Hauptpersonalrat haben bereits gegen die geplante Änderung Stellung genommen.

(Siehe VLB Initiativen Seite 23)

Endlich:

## „Wer prüft wird zeitlich entlastet“ ...

... so die Intention des abgedruckten Schreibens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Durch die Einrichtung eines zweckgebundenen Stundenpools an jeder Berufsschule, aus dem Ausgleichsstunden für die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern vergeben werden, wird der (Haupt-) Forderung vieler Kolleginnen und Kollegen, Rechnung getragen. Der weiteren Mitwirkung der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern (IHK) steht damit aus Sicht des VLB nun nichts mehr im Wege.

Durch die Möglichkeit mit den Ausgleichsstunden etwaige Minussalden

auszugleichen oder als Mehrstunden in das nächste Schuljahr zu übertragen, können nunmehr die Berufsschulen flexibel auf die Kompensationsbedürfnisse vor Ort eingehen. Die Schulleiter legen unter Beteiligung der Personalvertretung dabei Vergabekriterien fest, welche die Art und den Umfang der Beteiligung der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen sowie die unterschiedlichen Entschädigungsleistungen durch die Kammern berücksichtigen. Schulleitungen und Personalvertretungen haben somit im Rahmen der Eigenverantwortung ein Instrument zur zeitlichen „Entlastung“, welche gerade nach drei (!) Arbeitszeiterhöhungen

wichtiger denn je ist. Die VLB-Expertengruppen Schulleitung und Personalvertretung werden dazu ein Umsetzungskonzept erarbeiten und den Schulen zur Verfügung stellen.

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) hat bei dieser Kontroverse auch auf die „gewerkschaftliche“ Solidarität der Lehrkräfte gebaut. Nur durch ihre Unterstützung und Beharrlichkeit konnte dieses Ergebnis erreicht werden. Für diesen Beistand sei allen an dieser Stelle herzlich gedankt. Lob und Anerkennung gebührt neben den Kolleginnen und Kollegen jedoch auch der Abteilung VII des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, namentlich Herr Mdgt. Thomé, Frau MRin Dr. Scherg und MR Lucha, welche zeitgemäße Rahmenbedingungen für die prüfenden Lehrkräfte und die organisierenden Schulleitungen geschaffen haben.

Wolfgang Lambel

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

München, 20. Mai 2005

KMS: VII.8-5 P 9004-7.46974 o.V.

An die Regierungen

**Berufsschulen**

**hier: Teilnahme der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern (IHK) wird seit längerem kontrovers diskutiert. Von Lehrerseite wurde gefordert, die Prüfertätigkeit voll auf die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer anzurechnen oder die Entschädigungssätze der Kammern (IHK) anzuheben.

Es wurden deshalb mehrere Gespräche des Kultusministeriums mit Vertretern des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen, des Hauptpersonalrats, des Wirtschaftsministeriums und der Kammern geführt. Dabei sahen sich die Kammern (IHK) nicht in der Lage, ihre Entschädigungssätze zu erhöhen. Eine volle Anrechnung der Prüfertätigkeit auf die Unterrichtspflichtzeit schied u. a. deswegen aus, weil dies die Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen zu sehr beeinträchtigt hätte. Die Diskussionsrunden führten letztlich zu dem Ergebnis, dass an jeder Berufsschule ein zweckgebundener Stundenpool eingerichtet werden soll, aus dem der Schulleiter Ausgleichsstunden für die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern vergibt. Mit diesen Ausgleichsstunden können etwaige Minussalden wegen nicht erteilten Unterrichts bei den an den Berufsabschlussprüfungen teilnehmenden Lehrkräften ausgeglichen werden. Soweit ein Ausgleich nicht möglich ist, weil Minusstunden z. B. aufgrund organisatorischer Maßnahmen oder durch Vorholung von Unterricht nicht anfallen, können gewährte Ausgleichsstunden in das nächste Schuljahr übertragen werden. Eine Ansammlung über mehrere Schuljahre hinweg ist nicht zulässig.

Dementsprechend wird nunmehr jede Berufsschule mit einem Stundenpool ausgestattet, mit dem flexibel auf die Kompensationsbedürfnisse vor Ort eingegangen werden kann. Der Schulleiter kann dabei beispielsweise die Art und den Umfang der Beteiligung der Lehrkräfte an den Berufsabschlussprüfungen sowie die unterschiedlichen Entschädigungsleistungen durch die Kammern berücksichtigen. Wegen der Vielfältigkeit möglicher Fallkonstellationen sieht das Ministerium von Vorgaben ab, wie an der einzelnen Schule die Stunden aus dem Pool an die Lehrkräfte zu vergeben sind. Bei einer Festlegung von Vergabekriterien durch den Schulleiter wird die Einbeziehung der Personalvertretung empfohlen.

Die Ausstattung des Stundenpools errechnet sich nach der Zahl der Prüfungsteilnehmer an der einzelnen Berufsschule. *Je Prüfling fließt eine Unterrichtsstunde in den Pool. Es zählen nur die Prüflinge in den Abschlussklassen und die Prüflinge, die sich nicht in Abschlussklassen befinden, aber aufgrund einer Verkürzung ihrer Ausbildungszeit vorzeitig zur Abschlussprüfung zugelassen werden.* Teilnehmer an der Zwischenprüfung oder Teil 1 der gestreckten Abschlussprüfung zählen nicht.

Mit Einführung der Poollösung wird die Regelung in den Vollzugshinweisen zur Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer an beruflichen Schulen vom 05.06.2000 gegenstandslos, wonach bei der Mitwirkung von Lehrkräften an Berufsabschlussprüfungen der zuständigen Stellen ausfallende Unterrichtsstunden in Nicht-Abschlussklassen bis zu höchstens 10 Unterrichtsstunden je Lehrkraft angerechnet werden können.

Von den kommunalen Berufsschulen kann entsprechend verwendet werden, wenn sie die o. g. Vollzugshinweise des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 05.06.2000 anwenden.

Es wird gebeten, die Berufsschulen von der Neuregelung, die ab dem Schuljahr 2005/06 gilt, zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen  
Thomé  
Ministerialdirigent

Zur Schnittstellenproblematik zwischen Zubringerschule und Fachoberschule:

## Schulartwechsel aktiv gestalten

HANS DIETRICH

### Mit den Schülerzahlen nimmt die Heterogenität zu

Die Fachoberschulen verzeichnen in den letzten Jahren einen erheblichen Anstieg der Schülerzahlen. Zugenommen hat aber auch die Heterogenität von Vorkenntnissen und Motivationslagen. Die nachfolgende Darstellung will Anregungen geben den Sprung von der Realschule auf die Fachoberschule pädagogisch abzufedern. Sie möchte Denkanstöße zur unterrichtlichen Schulentwicklung der Fachoberschule geben.

### Schulartwechsel im Spiegel der Schülerbefragung

Im Jahr 2002 wurden ungefähr hundert ehemalige Realschüler befragt, die die 11. Jahrgangsstufe der Fachoberschule in Hof erfolgreich abgeschlossen hatten.

Im Fach Deutsch verlief der Wechsel relativ problemlos, weil die Lehrpläne für 60 Prozent der Befragten gut bzw. sehr gut aufeinander abgestimmt sind. Die geringste Konvergenz ergab sich für das Fach Mathematik, dessen Lehrpläne für rund die Hälfte der Schüler wenig bzw. überhaupt nicht zusammenpassten. Bei den anderen Fächern waren eindeutige Tendenzen nicht erkennbar.

Befragt nach zusätzlich erforderlichen Lernhilfen als Folge des Wechsels antworteten 59 Prozent der Schüler, dass wenig bzw. keine Hilfe für das Fach Deutsch benötigt würde, für den Mathematikunterricht jedoch viel bzw. sehr viel Unterstützung erforderlich sei (64 Prozent der Befragten).

Die inhaltlichen Anforderungen im Unterricht waren aus Sicht der Schüler signifikant höher als an der Zubringerschule. 93 Prozent der Befragten äußerten sich so. Außerdem empfanden die Schüler einen deutlichen Unterschied bei den Prüfungsformen. Der Dominanz von Reproduktionsleistungen an

der Realschule steht eine eindeutig höhere Gewichtung des Transfers an der Fachoberschule (Reproduktion 11 Prozent – Transfer 74 Prozent) gegenüber. Diese Tatsache korrespondiert mit der von den Schülern empfundenen Notwendigkeit, mehr selbstständig arbeiten zu müssen. Ein sehr hoher Prozentsatz maß der Selbstorganisation im Schulalltag eine große Bedeutung bei (91 Prozent).

Für die meisten der befragten Schüler (92 Prozent) war das Lerntempo an der Fachoberschule hoch bzw. sehr hoch, während an der Realschule das Lerntempo angemessen erschien (61 Prozent).

Die Schülerbefragung wurde Ende Juli 2004 mit wiederum ca. hundert Schülern der 11. Jahrgangsstufe wiederholt.

Diese zweite Befragung sollte Aufschluss darüber geben, ob die schulintern geführte Diskussion um mögliche didaktische Hilfestellungen und ihre konkrete Umsetzung im Unterrichtsgeschehen erste positive Ergebnisse gebracht hatte.

Vergleicht man die Ergebnisse, kommt man zu folgenden Annahmen. Die Lehrplankonvergenz hat sich im Fach Deutsch und in den jeweiligen Profilmächern auf dem alten Niveau stabilisiert, ist allerdings im Fach Englisch besser geworden. 53 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Lehrpläne gut und sehr gut aufeinander abgestimmt sind. Gegenteiler Ansicht sind lediglich 20 Prozent. Für das erneut positive Testergebnis im Fach Deutsch ist sicher von wesentlicher Bedeutung, dass hier die Stoffpläne der beiden Schularten aufeinander aufbauen. Der von der Fachoberschule angebotene Ergänzungsunterricht für Problemschüler (Aussiedlerkinder, türkische Gastarbeiterkinder und Schüler mit fehlenden Grundkenntnissen) führte außerdem zu dieser positiven Einschätzung. Die erfreuliche Entwicklung im Bereich

Englisch – hier nahm die positive Einschätzung um 12 Prozent zu – hat sicher mehrere Gründe, die auch in einer Veränderung des Anforderungsprofils bis hin zur Umgestaltung der Abschlussprüfung zu suchen sind. Zur Kompensation der Wissensdefizite wurde neben der obligatorischen Übungsteilung im Unterricht der 11. Jahrgangsstufe verstärkt auf eine Binendifferenzierung im laufenden Unterrichtsgeschehen geachtet.

Unterstützt wurde dieses Vorgehen durch gezielten Methodenwechsel, häufige Gruppenarbeit und Kommunikationsübungen. Auch die gezielte Fortführung der Lernerfahrung an der Realschule, dazu gehört auch „multiple choice“, trug zu der Verbesserung bei.

Sorgenkind bleibt weiterhin die Mathematik, deren Lehrpläne für 42 Prozent der Befragten wenig bzw. überhaupt nicht zusammenpassen.

Die trotzdem leicht positive Tendenz in diesem Fach lässt sich möglicherweise damit erklären, dass den leistungsschwächeren Schülern neben Mathematik-Ergänzung zusätzlich am Freitagnachmittag von Lehrern der Fachschaft Zusatzunterricht angeboten wurde. Problematisch erscheint nach wie vor die Tatsache, dass der Mathematikunterricht in den Abschlussklassen der Realschulen zu sehr an den Anforderungen der Abschlussprüfung orientiert ist, weniger an der gleichmäßigen Vermittlung aller Lerninhalte. Bei den Lernhilfen gleichen sich im Fach Deutsch die Ergebnisse der Befragungen.

Das Prüfungsfach Englisch weist auch in diesem Bereich die nachhaltigste Veränderung auf. Die Hälfte der Schüler ist sich sicher, ohne Lernhilfen auszukommen. Eine zusätzliche Unterstützung benötigen demnach lediglich 24 Prozent. Schlusslicht bleibt auch hier die Mathematik, in der wieder 51 Prozent viel bzw. sehr viel Unterstützung brauchen.

Keine signifikanten Veränderungen gab es in den Bereichen Anforderungsniveau, Selbstorganisation und Lerntempo. Als Tendenz ist erkennbar, dass hier die beiden Schultypen sich aufeinander zu bewegen. Gestützt wird diese Annahme durch den Sach-

verhalt, dass in der Realschule Reproduktionsleistungen zu Gunsten von Transferleistungen reduziert wurden.

### Lernseminare fördern Schlüsselkompetenzen

Die Staatliche Fachoberschule und Berufshochschule Hof hat vor Jahren die Notwendigkeit erkannt Schülerinnen und Schülern Lernseminare jeweils zu Beginn der 12. Jgst. anzubieten. Diese Seminare dienen dem Ziel, die sozialen, fachlichen und methodischen Kompetenzen zu erhöhen. Auch sollen dadurch die teilweise neu gebildeten Klassengemeinschaften gefestigt werden. Aus diesem Grund wurde ein Lernort außerhalb der Schule gewählt. Eine Jugendbegegnungsstätte bietet mit ihren Unterbringungsmöglichkeiten und Tagungsräumen die besten Voraussetzungen dafür. Die Schülerinnen und Schüler verbringen dort zwei Tage und durchlaufen dabei vier Module. Diese einzelnen Module haben folgende Inhalte:

- Lerntechniken
- Vorbereitung auf die mündliche Kommunikation im Fach Englisch
- Technik des wissenschaftlichen Arbeitens
- Kunstseminar

Das Modul „Lerntechniken“ betont die Wichtigkeit richtigen Lernens. Bei der Vermittlung der Technik des wissenschaftlichen Arbeitens geht es darum auf die Anforderungen eines Fachreferates vorzubereiten. Das Kunstseminar hat das Ziel, die Schülerinnen und Schüler zur Kreativität anzuregen und deckt den affektiven Bereich ab. Pro Modul wurden zwei Zeitstunden festgelegt. Die Notwendigkeit einer Übernachtung gibt den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit durch die Gestaltung eines Rahmenprogramms die Klassengemeinschaft zu stärken. In einer Befragung sprachen sich 92 Prozent der Schülerinnen und Schüler dafür aus, eine derartige Veranstaltung für ihre Nachfolger zu wiederholen.

### Zusatzunterricht mit Kompensationsfunktion

Als ein weiteres Instrument, Schüler gezielt zu unterstützen, dient der Er-

gänzungsunterricht. Er kann nach pädagogischem Ermessen entsprechend den Rahmenbedingungen der Schule angeboten werden. Dadurch wird es möglich, Defizite in eigens dafür gebildeten Lerngruppen auszugleichen oder die Teilnehmer zu selbstorganisiertem Lernen anzuleiten. Für besondere Hilfen wie Lernsoftware oder virtuelle Lernumgebungen zeigen sich hierbei variantenreiche Einsatzmöglichkeiten. Die hervorragend gestalteten Materialien zur VIBOS, der Virtuellen Berufshochschule Bayern, bieten eine ideale Ergänzung zum Unterricht im Plenum. Gute Erfahrungen mit dem Ergänzungsunterricht wurden auch bei der Förderung besonders leistungsstarker Schüler gemacht. Der auf diese Weise generierte Lern- und Erkenntniszuwachs guter Schüler kommt bei geschickter Unterrichtsführung auch den schwächeren Schülern zu Gute und erfüllt somit eine Kompensationsfunktion. Der Ergänzungsunterricht zielt auf Schüler während des Anfangsunterrichts ab, damit sie bei Übergangsschwierigkeiten den Anforderungen der beiden Schularten rasch gewachsen sind, was sich mit dem Ziel verbindet, die Probezeit zu bestehen.

Eine zweite Einsatzmöglichkeit ergibt sich aus der gezielten Vorbereitung auf die Abschlussprüfung. Hierbei spielt neben der transferorientierten Anwendung von erworbenem Wissen insbesondere die Fähigkeit eine Rolle, Aufgabenstellungen zu analysieren, da sich häufig gezeigt hat, dass Schülern der Zugang zu Fragestellungen fehlt.

Das Instrument des Zusatzunterrichts kann derzeit leider nur sehr begrenzt genutzt werden. Ursache ist die unbefriedigende Lehrerversorgung an Fachoberschulen und Berufshochschulen. Da der Pflichtunterricht vorrangig ist, bleibt nur wenig freie Kapazität für diese sehr wünschenswerte Form ergänzenden Unterrichts.

### Didaktische Maßnahmen am Beispiel der Ausbildungsrichtung Sozialwesen

Im Unterrichtsgebiet Pädagogik/Psychologie kommen Schülerinnen und

Schüler aus verschiedenen Zugangswegen (Realschule; Gymnasium; M-Zug) zusammen. Eine wichtige Aufgabe des Unterrichtenden liegt darin, die sehr heterogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler auf das wissenschaftliche Anforderungsprofil der Fachoberschule abzustimmen.

Die Vorkenntnisse bewegen sich häufig auf laienhaftem Niveau, da Pädagogik/Psychologie für nahezu alle Schülerinnen und Schüler ein neues Fach ist. Außerdem hängt die Unterrichtsqualität sehr stark von deren sprachlichen Fähigkeiten ab.

Den skizzierten problematischen Bedingungen begegnen wir an unserer Schule, indem wir verstärkt auf Unterrichtsmethoden zurückgreifen, die das Selbstkonzept der Schülerinnen und Schüler stärken, die sprachliche Ausdrucksfähigkeit fördern und eine positive Einstellung bezüglich der Selbstinstruktion beim Problemlösen hervorrufen.

Wir praktizieren so oft wie möglich Gruppenarbeit. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln hier ihre sozialen und kommunikativen Fähigkeiten. Weiterhin sollen die Ergebnisse der Gruppenarbeit auch in einer sinnvollen und ansprechenden Weise präsentiert werden. Sprechen Schülerinnen und Schüler häufiger vor der Klasse, so stärkt dies ihr Selbstkonzept, reduziert Hemmungen und fördert die Verantwortungsbereitschaft für den Lernprozess. Die Aufgabe des moderierenden Lehrers liegt dabei vor allem in unterstützenden Maßnahmen zur Entwicklung des Sprachniveaus.

An unserer Schule verfolgen wir konsequent die Umsetzung des Prinzips des selbstgesteuerten Lernens. Für das Profulfach „Pädagogik/Psychologie“ hat sich dabei folgende Vorgehensweise bewährt:

1. Selbständige Erarbeitung relevanter Lehrplaninhalte mit geeigneten Medien.
2. Strukturierte Darstellung des exzerpierten Materials in einer Kleingruppe.
3. Präsentation der Ergebnisse in Form von Mini-Referaten.

4. Analyse und Evaluation der Vorträge durch die Klasse.
5. Suchen von Transfermöglichkeiten.

Wir verfolgen das Ziel, unsere Schülerinnen und Schüler in möglichst vielen Unterrichtssituationen anzuregen Hypothesen eindeutig zu formulieren und zu überprüfen. Es hat sich gezeigt, dass sie häufig zu erstaunlichen Leistungssteigerungen fähig sind, wenn sie erst einmal gelernt haben, ihre Gedanken zu präzisieren und in einen korrekten logischen und fachlichen Zusammenhang zu bringen, der auch sprachlich stimmig ist. Gerade psychologische Inhalte erfordern die sichere Anwendung von Fachtermini, Definitionen und Theorien sowie die Unterscheidung zwischen den Ebenen des „Beschreibens“ und „Erklärens“.

Im Fachbereich Sozialwesen nutzen wir in besonderem Maße die persönliche Motivation unserer Schülerinnen und Schüler. Jeder Mensch hat Erkenntnisse über die eigene Psyche und über die anderer Personen. Da die Reflexionen zu diesem Thema zunächst auf laienhaftem Niveau gründen, stellt es für die Schüler der 11. Jahrgangsstufe eine besondere Herausforderung dar, denselben Sachverhalt aus verschiedenen wissenschaftlichen Paradigmen heraus zu analysieren. Häufig fällt es schwer, tiefenpsychologische, verhaltenspsychologische, humanistische und ökopyschologische Theorien voneinander zu unterscheiden. Somit ergibt sich die doppelte Verpflichtung der Lehrkraft, einerseits die persönliche Lage der Schülerinnen und Schüler anzunehmen und andererseits die Forderung nach wissenschaftlichem Arbeiten zu verwirklichen.

### Beratungsaktivitäten

Im Beratungskonzept unserer Schule spielt die Behandlung der Übertrittsproblematik bereits seit mehreren Jahren eine besondere Rolle. So gab es häufig Zusammenkünfte von Vertretern beider Schularten, die zum besseren Verständnis der Perspektive und der Prioritätensetzungen der Partner führten.

Wir versuchen unsere zukünftigen Schülerinnen und Schüler sowohl im individuellen Gespräch als auch in Informationsveranstaltungen an unserer Schule, an Gastschulen, auf Messen und Berufswahlveranstaltungen möglichst effektiv aufzuklären.

„Schulerfolg“ hängt von vielen Voraussetzungen ab. Eine wesentliche Rolle spielen dabei aber die richtige Wahl der Ausbildungsrichtung und die persönliche Motivation der Schüler.

Auf Wunsch der Schüler und Eltern führen wir auch entsprechende wissenschaftliche Tests durch, deren Ergebnisse zusammen mit der Interpretation der bisher erzielten Notenbilder zu einer verantwortbaren Prognose führen und damit eine häufig unverzichtbare Entscheidungshilfe darstellen.

Ganz im Sinne dieser Entscheidungsfindung liegt auch das Beratungsangebot unserer Schule am „Tag der offenen Tür“. Alle Aktivitäten stehen unter der Prämisse "beraten, informieren, verstehen". Interessenten ist es möglich, in nahezu allen Fächern den Unterricht zu beobachten und am Ende der Stunde Fragen zu stellen. Schüler unserer Schule klären zukünftige Schüler über Anforderungen und Inhalte auf. Lehrkräfte zeigen didaktische Schwerpunktsetzungen und Möglichkeiten modernen Lernens auf. Die Ausbildungsrichtungen Technik, Wirtschaft und Sozialwesen informieren sachgerecht über die Anforderungen und Lernmöglichkeiten der fachpraktischen Ausbildung. Schulleitung, Mitarbeiter und Beratungslehrer führen viele effektive Einzelgespräche mit Schülern, Eltern und Vertretern anderer Institutionen.

Wir versuchen in jedem Beratungsprozess deutlich zu machen, dass oberstufenreifes Arbeiten vom Schüler ein erhebliches Maß an Selbststeuerungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft einfordert.

### Fazit: „Well done is better than well said“

Das Umstellungsproblem für Schüler hängt mit der polyvalenten Qualifikation des Realschulabschlusses zusammen. Nur eine Minderheit der Absol-

venten strebt eine weitere schulische Qualifizierung an, der Großteil beginnt eine berufliche Tätigkeit.

Es liegt primär an der Fachoberschule, den Übergang „schulerverträglich“ zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass nur ein Maßnahmenbündel helfen kann, die Probleme aufzufangen. Ansatzpunkt für alle Überlegungen muss die fachliche und methodische Kompetenz sein, die von zukünftigen Fachoberschülern erwartet werden kann. Sie gilt es in der Übergangsphase weiterzuentwickeln. Entdeckendes Lernen, wissenschaftliche Neugier, Eigenverantwortung, kreative Selbständigkeit und Disziplin können Wegweiser sein, die dazu dienen, das Etappenziel der Fachhochschulreife zu erreichen. Die aufeinander abgestimmten Maßnahmen, die durch pädagogische Einsatzfreude und gute Kommunikationskultur begünstigt wurden, haben zu ermutigenden Ergebnissen geführt.

Der Komparativ des Benjamin Franklin „Well done is better than well said“ spiegelt letztlich den Auftrag wider, Theorie und Praxis ergebnisorientiert zu verknüpfen, ein Bildungsauftrag, den die Lehrkräfte der Fachoberschule auch auf ihre eigene Arbeit zu beziehen verstehen. <

## Bayerischer Wirtschaftsschultag wieder ein voller Erfolg: „Hut ab, Herr Staatssekretär“

**MARTIN RUF**

Zum neunten Mal fand der Tag der Bayerischen Wirtschaftsschulen am 16. April an der Reichleschen Wirtschaftsschule in Augsburg statt. Veranstalter war wieder die ARGE Bayerische Wirtschaftsschule – ein Zusammenschluss von VLB (Verband der Lehrer an Bayerischen Schulen), DBW (Direktorenvereinigung), LEV (Landeselternvereinigung) und VDP (Verband Deutscher Privatschulen).

### Der Vormittag

Bei der Begrüßung konnte der Schulleiter, der Vorsitzende der ARGE und VLB-Referent für Wirtschaftsschulen Bernhard Zeller nicht nur rund 600 Lehrkräfte bayerischer Wirtschaftsschulen, sondern auch viel Prominenz aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Schule begrüßen. „Hut ab, Herr Staatssekretär“ – damit brachte er seine Freude zum Ausdruck, dass Staatssekretär Karl Freller einen Tag nach dem Rücktritt von Staatsministerin Monika Hohlmeier den Weg nach Augsburg gefunden hatte und somit seine Verbundenheit mit den Bayerischen Wirtschaftsschulen dokumentierte.

Dass der Rücktritt der Ministerin Spuren hinterließ, zeigte sich insbesondere bei der Rede von Staatssekretär

Karl Freller, der das vorbereitete Redemanuskript beiseite legte und unter dem Eindruck des Rücktrittes ein Plädoyer für das Bayerische Schulwesen und hier im Besonderen für die Wirtschaftsschulen hielt. (Eine Zusammenfassung der Rede von Staatssekretär Freller finden Sie auf Seite 20.)

### Berufschancen eröffnen

„Die Wirtschaftsschule hat den pädagogischen Anspruch, ihren Absolventen die besten beruflichen Perspektiven mit auf den Weg zu geben – das Motto dieser Veranstaltung „Die Bayerische Wirtschaftsschule – Berufschancen eröffnen“ ist der beste Beweis dafür“, führte Freller aus. Er stellte in seiner Rede das moderne Bildungskonzept der Wirtschaftsschule heraus, das auf einer zeitgemäßen Synthese von allgemeiner und beruflicher Bildung basiert. „Mit dieser Philosophie hat sie stets rasch auf Veränderungen reagiert und findet immer wieder zukunftsfähige Antworten auf den Wandel in Gesellschaft, Wirtschaftsleben und Arbeitsmarkt.“ Er führte weiter aus, dass der Freistaat auf die große Nachfrage nach dieser Schulart reagierte und weitere staatliche Wirtschaftsschulen gründete – und zwar in München und Nürnberg, wo die Nachfrage besonders stark war.

Gerade diese Tatsache wurde von Augsburgs Bildungsreferent Sieghard Schramm aufgegriffen, der nicht nachvollziehen kann, dass Maßnahmen zur Aufnahme qualifizierter Schüler, die in München und Nürnberg möglich waren, z. B. in Augsburg verweigert wurden. Schramm: „In dieser Situation hätten wir uns einen aktiven Beitrag und eine Unterstützung des Freistaats Bayern gewünscht, da Schule nach wie vor primär eine staatliche Aufgabe darstellt. Er habe es unter dem Blickwinkel der betroffenen Schülerinnen und Schüler als besonders negatives Signal empfunden, wenn gerade eine unterstützende Rolle durch Landtagsabgeordnete im Ergebnis zu einem Hinausschieben einer abschließenden Entscheidung führte. Er kündigte an, den Freistaat auch heuer wieder zur Gründung einer staatlichen Wirtschaftsschule zusätzlich an der Reichleschen aufzufordern, da dort zurzeit bereits 320 Anmeldungen für 90 Schulplätze der 2-stufigen Form vorliegen – sicherlich nicht nur ein „Augsburger Phänomen“.

In seinem Grußwort betonte Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert die Verbundenheit Augsburgs mit der Reichleschen, die im Schuljahr 2005/06 ihr 100-jähriges Bestehen feiern kann: „Die Verbundenheit dieser wichtigen Bildungseinrichtung mit Augsburg und dem Umland zeigt sich aber auch in der hohen Akzeptanz der Absolventinnen und Absolventen bei der ansässigen Wirtschaft. Die Ver-



Freute sich über die zahlreich gekommenen Gäste – „Veranstalter“ Bernhard Zeller.



Legten zusammen ein Plädoyer für die Wirtschaftsschulen insbesondere für Augsburg ab – Bildungsreferent Sieghard Schramm ...



... und Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert.



Zeigte den Bayern das erfolgreiche österreichische Modell der Handelsakademien – Tirols Landesschulinspektor Norbert Auer.

mittlungsquoten der RWS an weiterführende Schulen und in Ausbildungsverhältnisse liegen regelmäßig über 90 Prozent! Dies ist eine Leistung für die Allgemeinheit, die wir in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit nicht hoch genug schätzen können.“

### Anregung

Der Gastredner aus Österreich, Landesschulinspektor Norbert Auer, referierte über die in unserem Nachbarland so erfolgreichen Handelsakademien mit ihren Übungsfirmen im Mittelpunkt, deren Einführung in Bayern eine Bereicherung der Schullandschaft darstellen und als Oberstufe sehr gut zu den Wirtschaftsschulen passen würden. Lesen Sie dazu den Artikel von Bernhard Zeller auf Seite 21.



Die Vertreter der mit dem bayerischen Wirtschaftsschulpreis ausgezeichneten Schulen – rechts der Ehrende Jürgen Maul von der Landeselternvereinigung.

### Vergabe des Wirtschaftsschulpreises 2005

Im Namen der Landeselternvereinigung der bayerischen Wirtschaftsschulen zeichnete der Vorsitzende Jürgen Maul auch dieses Mal wieder Schulen aus, die sich mit besonderer Nachhaltigkeit um das bayerische Wirtschaftsschulwesen verdient gemacht haben. Insgesamt haben sich 14 Schulen mit den verschiedensten Projekten um einen der Preise beworben. Nachfolgend die ausgezeichneten Schulen:

1. Preis: Private Wirtschaftsschule, Ingolstadt
2. Preis: Wirtschaftsschule Alpenland, Bad Aibling  
Private Wirtschaftsschule Dr. Kalscheuer, Rosenheim-Traunstein

3. Preis: Hans-Böckler-Schule, Fürth

Mit Sonderpreisen wurden ausgezeichnet:

- Städtische Riemerschmid-Wirtschaftsschule, München
- Private Wirtschaftsschule Krauß, Aschaffenburg

Die Projekte/Aktivitäten für die Auszeichnungen der Schulen können auf der Homepage des VLB [www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag](http://www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag) nachgelesen werden.

### Resümee

In Anspielung auf eine Äußerung von Staatssekretär Freller, dass er ja z. Z. Kultusminister sei, forderte Elmar Tittes diesen in seinem Resü-



Forderte Staatssekretär Karl Freller als „amtierenden Kultusminister“ auf, beispielsweise die Deckelung an Wirtschaftsschulen aufzuheben – Elmar Tittes bei seinem Resümee.



Einblick in einen der zahlreich besuchten Arbeitskreise (Personalvertretung) am Nachmittag – stehend von links Willi Speck und Wolfgang Lambl.



Emotionsgeladen wegen der Prüfungen ging es im Arbeitskreis Betriebswirtschaft zu – wegen des großen Teilnehmerandranges musste in die Aula der Schule ausgewichen werden.

mee auf, doch davon Gebrauch zu machen und so beispielsweise die Deckelung bei den Wirtschaftsschulen aufzuheben. Neidisch blicke er nach Österreich, wenn er das dort erfolgreiche Modell der Handelsakademien sehe, so Tittes weiter und bedankte sich bei Norbert Auer für seine hochinteressanten Ausführungen, die hoffentlich mehr als nur ein Denkanstoß sind. Ebenso dankte er den Vertretern der Stadt Augsburg für ihren positiven Einsatz für die Wirtschaftsschule.

In seinen Dank schloss Tittes abschließend im besonderen Maße Lehrkräfte und Schüler der RWS ein, die für hervorragende Rahmenbedin-

gungen des 9. bayerischen Wirtschaftsschultages gesorgt haben.

#### Der Nachmittag

Wie immer bei Wirtschaftsschultagen wurden die Arbeitskreise von den Lehrkräften stark angenommen. In „zwei Schichten“ bot sich den Lehrkräften ein breites Spektrum an Themen, die sich von Kreativitätsförderung im musischen Bereich über Finanzbuchhaltungsprobleme des Rechnungswesens und aktuellen Fragen der EDV bis hin zu Trendsportarten im Sportunterricht spannten. Eine ausführliche Dokumentation der Ergebnisse finden Sie im Internet unter: [www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag](http://www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag)

**Nachfolgend zusammengefasst die wesentlichen Inhalte aus dem Redemanuskript von Staatssekretär Karl Freller:**

## Plädoyer für die Bayerische Wirtschaftsschule

Ausgehend von der Tatsache, dass die ökonomische Bildung in unserer Gesellschaft generell an Bedeutung gewonnen hat, attestierte Freller der Bayerischen Wirtschaftsschule dies bereits seit langem erkannt zu haben. Diese Schulart habe sich auf die Fahnen geschrieben, solide Allgemeinbildung mit vertiefter kaufmännischer Grundbildung zu vereinen.

#### Modernes Bildungskonzept der Wirtschaftsschule

Der Erfolg der Bayerischen Wirtschaftsschule ruht nach Freller auf zwei Säulen: Einerseits hat sie ein modernes Bildungskonzept zu bieten, das auf der zeitgemäßen Synthese von allgemeiner und kaufmännischer Bildung basiert. Andererseits gründet sich ihr Erfolg darauf, dass sie sich selbst als dynamische, innovative Schulart versteht. Dies zeige sich in der kontinuierlichen An-

passung und Weiterentwicklung ihrer Lerninhalte insbesondere bei der Fortschreibung der Lehrpläne: So würden derzeit neue Lehrpläne für die allgemein bildenden Fächer Deutsch, Sozialkunde und Geschichte sowie für Mathematik im M-Zweig erarbeitet. Darüber hinaus ist geplant die Lehrpläne in den Fächern Textverarbeitung und Datenverarbeitung auf den neuesten Stand zu bringen.

Jedoch sei nicht nur eine inhaltliche sondern auch eine konzeptionelle Anpassung nach den neuesten Erkenntnissen aus Pädagogik und Didaktik vorgesehen. D. h., sie werden offener gestaltet sein und mehr pädagogischen Freiraum lassen, um damit den Schüler zu mehr selbständigen, eigenverantwortlichen Lernen anzuregen. Als eine Folge müssen dann natürlich Lehrpläne und Abschlussprüfung eine Einheit bilden. So werden die Prüfungen zunehmend fächerübergreifende problemorientierte Aufgabenstellungen beinhalten.

Breiten Raum nehmen in Frellers Ausführungen auch die Verbesserung von Grundkompetenzen wie die Les- und Sprachkompetenz ein. Ein besonderes Anliegen ist ihm dabei die Förderung der Fremdsprachenkompetenz v. a. in Englisch, die an den Wirtschaftsschulen in Bayern konsequent gefördert werde. Weiterhin notwendig sind natürlich auch Methodenkompetenz als Rüstzeug zum lebenslangen Lernen sowie soziale und kommunikative Kompetenzen. Nach seiner Auffassung ist die Arbeit in den Übungsfirmen der Wirtschaftsschulen hervorragend dazu geeignet, den Schülerinnen und Schülern solche elementaren Kompetenzen zu vermitteln. Man sähe deutlich: Das Feld der Kompetenzen, vor allem der sozialen und kommunikativen Kompetenzen, überschreitet den Rahmen schulischer Bildung schon immer in Richtung Erziehung. Und das sei auch intendiert, denn jede Schule besitze ja nicht nur einen Bildungs- sondern ebenso einen Erziehungsauftrag. Dieser habe in der Wirtschaftsschule einen besonderen Stellenwert. Denn er entspricht einem pädagogischen Selbstverständnis, das berufliche Orientierung mit Allge-

meinbildung verschränkt und beide Pole als Grundlage eines wertorientierten Verhaltens begreift.

### Schulentwicklung

Einen weiteren Schwerpunkt setzte Staatssekretär Karl Freller mit seinen Ausführungen zur Schulentwicklung. Entscheidend sei dabei zunächst einmal die Interaktion innerhalb der Schulgemeinschaft. Schule werde zunehmend nicht mehr von der Lehrkraft, sondern von der einzelnen Schülerin, vom einzelnen Schüler aus gedacht: Denn sie sind es ja, an denen letztendlich der Erfolg der Bildungs- und Erziehungsanstrengungen gemessen werden müsse.

Beiträge dazu haben neben den Lehrkräften auch die Schüler zu leisten: Die Lehrkräfte müssen einer Weiterentwicklung ihres Unterrichts aufgeschlossen gegenüberstehen und Interesse für neue Wege in Didaktik und Pädagogik zeigen. Weiterhin forderte er von den Lehrkräften innovative Unterrichtsmethodik, neue, handlungsorientierte Prüfungsformen, die Bereitschaft zur ständigen Fortbildung sowie die Bereitschaft zur Evaluation ein. Von Seiten der Schüler erwarte er, dass sie den eigenen Lehrprozess mitgestalten, organisieren, steuern und ihn auch evaluieren.

Die neue Lernkultur zeige sich nicht nur in den veränderten Rollen von Lernenden und Lehrenden. Auch für die Schule als Ganzes, als Einheit, ergäben sich aus diesen Zielen wichtige Weichenstellungen. An dieser Stelle verwies er auf den Modellversuch MODUS 21, der dazu wichtige Hilfestellungen leistet.

Für die Wirtschaftsschulen bedeute dies, dass sie ihr eigenständiges Profil in der bayerischen Schullandschaft weiterentwickeln und auf neue Entwicklungen in der Berufswelt und pädagogische Erfordernisse flexibel reagieren könne.

Konkret sind folgende Neuerungen für den Bereich der Wirtschaftsschule geplant:

- Um ein einheitliches Anforderungsniveau beim Probeunterricht sicherzustellen, werden bereits in diesem Schuljahr auch an Wirtschaftsschulen landesweit gemeinsame Aufgaben gestellt.

• Für die Schüler des M-Zweiges ist ein Jahrgangsstufen-Test im Fach Mathematik geplant.

- Um die Unterrichtsplanung vor Ort flexibler zu gestalten, ist es künftig der Schule überlassen, in welchen Fächern Kurzarbeiten geschrieben werden.
- Erweiterung der Möglichkeit, dass Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, auf Probe in die nächste Jahrgangsstufe vorrücken können.
- Planung der Einführung von Wahlpflichtfächern in der zweistufigen Wirtschaftsschule.

Zusammenfassend führte er aus, dass die Wirtschaftsschulen ein zeitgemäßes, attraktives Bildungsangebot bieten. Das haben viele Jugendliche sowie ihre Eltern erkannt und sich deshalb für diese Schulart entschieden. Wegen der angespannten Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt habe sich zusätzlich die Nachfrage nach der Wirtschaftsschule in ihrer zweistufigen Form stark erhöht.

Als Reaktion habe das Kultusministerium zwei weitere staatliche Wirtschaftsschulen gegründet – und zwar in München und Nürnberg, wo die Nachfrage besonders stark war. Daneben wurden in diesem Schuljahr bayernweit zehn zusätzliche staatliche Eingangsklassen gebildet.

Leider war es nach Frellers Ausführungen nicht möglich, überall ein derartiges Angebot einzurichten. Deswegen begrüßte er es ausdrücklich, dass die Stadt Augsburg in diesem Schuljahr eine zusätzliche Eingangsklasse der zweistufigen Wirtschaftsschule gebildet hat.

Seine Ausführungen schloss er damit, zum wiederholten Male die Wirtschaftsschule als ein Erfolgsmodell in der bayerischen Schullandschaft zu bezeichnen, das seine volle Unterstützung besitze. rf

*Den Wortlaut der Rede von Staatssekretär Karl Freller kann im Internet unter [www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag](http://www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag) nachgelesen werden.*

*Neben Staatssekretär Karl Freller war der Tiroler Landesschulinspektor Norbert Auer Hauptredner anlässlich der Vormittagsveranstaltung beim Bayerischen Wirtschaftsschultag. Seinen auf einer Powerpoint-Präsentation basierenden Vortrag hat VLB-Wirtschaftsschulreferent Bernhard Zeller nachfolgend zusammengefasst. (Die Präsentation von Norbert Auer kann auf der Homepage des VLB: [www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag](http://www.vlb-bayern.de/wirtschaftsschultag) abgerufen werden.)*

### Weiterentwicklung der bayerischen Wirtschaftsschule:

## Die österreichische Handelsakademie als Vorbild!?

#### BERNHARD ZELLER

#### Ausgangslage

Trotz manchmal heftiger Turbulenzen im Bereich der Schullandschaft hat sich die Wirtschaftsschule sehr gut behauptet und glänzt mit einer hohen Akzeptanz der Absolventen bei den Abneh-

mern, insbesondere den Ausbildungsbetrieben. In Zeiten, wo die Vermittlung von einem Drittel von Schulabsolventen von der Arbeitsverwaltung bereits als Erfolg angesehen wird, liegen die Zahlen bei den meisten Wirtschaftsschulen jenseits von 90 Prozent! Dementsprechend wird heute auch In-

teresse aus anderen Bundesländern an Informationen über die bayerische Wirtschaftsschule bekundet.

Aktuell verzeichnen die Wirtschaftsschulen einen großen Zulauf, der nicht nur demographisch zu erklären ist. Neben dem guten Ruf ist sicher auch die desolante Lage am Arbeitsmarkt Grund für die gestiegene Nachfrage bei der 2-stufigen Form. Gute Schüler mit qualifizierendem Hauptschulabschluss wird hier die Chance geboten, nach dem Wirtschaftsschulabschluss einen der begehrten Ausbildungsplätze zu erhalten, die sie mit Hauptschulabschluss nicht bekommen hätten. Die verstärkte Nachfrage zeigt, wie groß die Akzeptanz der Wirtschaftsschule in der Bevölkerung ist, trotz der Einführung der 6-stufigen Realschule, der M-Züge der Hauptschulen und der Deckelung der staatlichen Wirtschaftsschulen.

Sucht man nach gleichartigen Schulen, bzw. nach beispielhaften Möglichkeiten, wie eine Weiterentwicklung aussehen kann, so stößt man sehr schnell auf die Handelsschulen in Österreich. Dort und auch in Italien, haben Handelsschulen einen hohen Stellenwert und sind fester Bestandteil der gesamten Schullandschaft. So gibt es dort seit langem eine Oberstufe dieser Schulart, die Handelsakademie. In Bayern gab es lange Jahre die Höhere Handelsschule, die allerdings durch die Umwandlung in ein Wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium in den allgemeinbildenden Bereich entschwand. Die in den siebziger Jahren als berufliche Oberstufe eingeführte Fachoberschule konnte das Vakuum nicht füllen, da trotz Praktika der Schüler in der 11. Jahrgangsstufe der allgemeinbildende Charakter vorherrscht. Andere Bundesländer hielten weiter an höheren Handelsschulen fest, wie z. B. Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder das Saarland. In vielen anderen Bundesstaaten gibt es ähnliche Schulen mit lediglich anderslautenden Benennungen, wie z. B. „Höhere Berufsfachschule für kaufmännische Assistenten“ in Thüringen oder „Kaufmännisches Berufskolleg“ in Baden-Württemberg.

### Modell Handelsakademie

Eine Fortführung des Wirtschaftsschulkonzepts mit ihrem großen Anteil von Handlungsorientierung wäre auf alle Fälle die Handelsakademie, die sich in Österreich bewährt hat. Sie könnte für Absolventen der Wirtschaftsschule und Absolventen anderer Schularten mit mittlerem Schulabschluss und entsprechender wirtschaftsberuflicher Vorbildung (wenn notwendig vertieft durch

den Besuch einer Vor-/Übergangsklasse) eine echte Alternative zur Fachoberschule bilden und diese, wie auch die Berufsoberschulen, entlasten. Beide Schultypen stöhnen zur Zeit unter den hohen Zuwachszahlen an Schülern. Inhaltlich würde es in keiner Weise zu Überschneidungen kommen, wie sich dem Vergleich der Fächer mit Wirtschaftsbezug in die Stundentafeln entnehmen lässt:

FOS	Wochenstunden 11. Jahrgangsstufe	Wochenstunden 12. Jahrgangsstufe	Wochenstunden gesamt
Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen	4	6	10
Volkswirtschaftslehre	3	3	
Wirtschaftsinformatik	2	2	4
Rechtslehre	2		2
Gesamt	8	11	19

Handelsakademie	Wochenstunden 11. Jahrgangsstufe	Wochenstunden 12. Jahrgangsstufe	Wochenstunden gesamt
Englisch einschließlich Wirtschaftsenglisch – Anteil Wirtschaftsenglisch geschätzt 1/3	(3) - 1 <sup>1</sup>	(3) - 1	2
Zweite lebende Fremdsprache einschließlich Wirtschaftssprache	3	3	6
Geschichte (Wirtschafts- und Sozialgeschichte) Anteil Wirtschaft geschätzt 1/2	(2) - 1	(2) - 1	2
Biologie, Ökologie und Warenlehre Anteil Wirtschaft geschätzt in den beiden Jahrgangsstufen 4/5	(3) - 3	(2) - 1	4
Betriebswirtschaft	2	3	5
Betriebswirtschaftliche Übungen und Projektmanagement	3		3
Rechnungswesen	3	3	6
Volkswirtschaft		3	3
Erweiterungsbereich: Ausbildungsschwerpunkt, z. B. Marketing und internationale Geschäftstätigkeit	3	4	7
Gesamt	19	19	38

<sup>1</sup> (3) – 1 bedeutet, es sind 3 Wochenstunden in der Stundentafel vorgesehen. Bei einem Anteil von einem Drittel wird eine Stunde zum Vergleich angesetzt.

Der Vergleich zeigt, dass der Anteil der wirtschaftlichen Inhalte bei Handelsakademien doppelt so hoch ist wie an den bayerischen Fachoberschulen.

Nimmt man die möglichen Inhalte der Fächer im Bereich „Freigegegenstände“ und „unverbindliche Übungen“ (Wahlfachbereich) hinzu, so erhöht

sich die Differenz weiter. Hinzu kommen in der Handelsakademie Differenzierungsmöglichkeiten in

- Marketing und internationale Geschäftstätigkeit,
- Controlling und Jahresabschluss,
- Wirtschaftsinformatik oder
- betrieblicher Organisation

im Umfang von drei und vier Wochenstunden, die die hohe Qualität des beruflichen Abschlusses sichern.

### Vergleichbarkeit

Die Handelsakademie ist ein Schultyp, der aktuellen Forderungen von Wirtschaft und Politik entspricht: „Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umwälzungen in Europa stellen seit einigen Jahren neue Anforderungen an die Absolventen kaufmännischer Schulen. ... Neben der wirtschaftlichen Fachkompetenz stehen dispositive Fähigkeiten, Team- und Kooperationsfähigkeit, Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Selbstständigkeit, Erfassen von Zusammenhängen, vernetztes Denken, Kommunikationsfähigkeit, Sprachkompetenz, kundenbezogenes Verhalten, Präsentationsfähigkeit, rhetorische Fähigkeiten und die Bereitschaft, etwas Neues zu lernen, im Vordergrund. Diese Schlüsselqualifikationen werden durch die Arbeit in Übungsfirmen und durch die Projektarbeiten, die im Team zu erstellen sind, vermittelt.“ (<http://www.wien.gv.at/sst/allgemeines/bbs.htm>)

Im Hinblick auf die weitgehende Vergleichbarkeit des vollzeitschulischen Charakters der Ausbildung, der Fächerstruktur, der Ausgewogenheit allgemeiner und beruflicher Lerninhalte sowie des Prinzips der Handlungsorientierung im Unterricht bietet sich die Anbindung des Typs Handelsakademie als Oberstufe der Wirtschaftsschule an. Dafür spricht nicht nur der curriculare Aspekt: Wie die auf Seite 21 stehende Tabelle verdeutlicht, könnten Fächer der Wirtschaftsschule nahtlos weitergeführt werden, wie die zentralen Fächer Rechnungswesen, Betriebswirtschaft, Englisch einschließlich Wirtschaftsenglisch und vor allem die Übungsfirmenarbeit mit Projektmanagement.

Für die Anbindung an die Wirtschaftsschule sprechen auch der personale und technologische Aspekt: An Wirtschaftsschulen sind bereits Lehrkräfte vorhanden, die für die Sekundarstufe II ausgebildet sind. Das sind vor allem Diplom-Handelslehrer für die beruflichen und Philologen für die allgemeinbildenden Fächer. Auch ist an Wirtschaftsschulen bereits die notwendige Ausstattung mit Computerräumen und Übungsfirmen vorhanden. Die Qualität des Unterrichts wäre auf alle Fälle sicher gestellt.

Die Einführung von Handelsakademien wäre eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung durch Erhöhung der Durchlässigkeiten im Schulsystem sowie ein Heranführen eher praktisch begabter Schüler an die Hochschulen und an qualifizierte Berufe: „Die Handelsakademie vermittelt in integrierter Form umfassende Allgemeinbildung und höhere kaufmännische Bildung, die sowohl zur Ausübung von gehobenen Berufen in allen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung als auch zum Studium an Akademien, Fachhochschulen und Universitäten befähigen. Die Handelsakademie schließt mit einer Reifeprüfung ab.“ (Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Österreich); Lehrplan Handelsakademie 1994, Seite 5).

### Forderung

Ist es vertretbar, in Zeiten knapper Kassen über eine Weiterentwicklung des Wirtschaftsschulwesens zu sprechen und als Oberstufe die Einrichtung eines österreichischen Modells anzuregen? Ich meine ja: Erstens kann die Einführung des Typs Handelsakademie – betrachtet man die Situation landesweit – die Fach- und Berufsoberschulen entlasten, die durch eine geringfügige Umverteilung von Ressourcen nahezu kostenneutral erfolgen könnte. Zweitens wären entlastende Effekte für kaufmännische Berufsschulen zu erwarten, da der Abschluss der Handelsakademie auch die Möglichkeit von Berufsabschlüssen beinhaltet. Drittens: Warum nicht von unseren europäischen Nachbarn lernen? In Österreich ist die Handels-

akademie seit Jahren ein Erfolgsmodell!

Die Verleihung von Berufsabschlüssen im Bereich von beruflichen Vollzeitschulen entspricht übrigens der Forderung der „Initiative der Kultusministerinnen und Kultusminister der unionsregierten Länder“ vom September 2003, mit dem Titel „Sicherung der Berufsausbildung und Qualifizierung junger Menschen sowie effektiver Nutzung aller Ressourcen in der Berufsausbildung“. Dort ist auf Seite 5 u. a. zu lesen:

„Die Anerkennung berufsqualifizierender vollzeitschulischer Bildungsgänge durch die Wirtschaft als gleichwertige Abschlüsse neben dem dualen Ausbildungssystem, die uneingeschränkte Zulassung von Absolventen einschlägiger vollzeitschulischer Bildungsgänge zur Abschlussprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen sowie volle Anrechnung einschlägiger beruflicher Qualifizierungen in Vollzeitschulen auf die Ausbildungszeit in anerkannten Ausbildungsberufen.“

### Fazit

Den Applaus, den Norbert Auer für seine Ausführungen in Augsburg erhielt, machte deutlich, dass Wirtschaftsoberschulen (Handelsakademien) mit ihrem Bildungsangebot einen Bereich im bayerischen Schulsystem abdecken würden, der bislang nicht besetzt ist. Wirtschaftlich interessierten und begabten Schülern werden weiterreichende Perspektiven auch im europäischen Raum eröffnet. Außerdem würden der Wirtschaft bestens ausgebildete, sofort einsetzbare Schulabgänger auf hohem Qualitätsniveau zur Verfügung stehen. <

*Stellungnahme zum Entwurf einer Änderung der Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen (Lehrerdienstordnung – LDO)*

Sehr geehrter Herr Dr. Eibert,

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. nimmt zur Änderung der LDO wie folgt Stellung:

#### **Zu § 4 Sonstige schulische Veranstaltungen, schulische Veranstaltungen außerhalb der Schulanlage.**

Die Vorbereitung von schulischen Veranstaltungen ist in erster Linie Aufgabe der Schulleitungen. Die Lehrkräfte unterstützen die Schulleitung dabei je nach Veranstaltung in ganz unterschiedlichem Umfang. Die vorgeschlagene Formulierung „sowie deren Vorbereitung gehören zu“ trägt dieser unterschiedlichen Einbindung in die Vorbereitung schulischer Veranstaltungen nicht Rechnung und ist deshalb zu streichen.

#### **Zu § 9 (3) Allgemeine Dienstpflichten der Lehrkraft.**

Die vorgesehene Formulierung bezüglich der Vertretung abwesender Kollegen in §9 (3) Satz 3 lehnt der VLB entschieden ab. Bisher galt für die Übernahme von Vertretungen die Maßgabe „in zumutbarem Umfang“ und „darüber sind die Lehrkräfte frühzeitig zu informieren.“ Beide Bedingungen sind ersatzlos gestrichen worden und durch die ungeeignete Formulierung „Die Erteilung von Unterricht zur Vertretung abwesender Kollegen kann angeordnet werden“ ersetzt worden.

Vor dem Hintergrund der Arbeitszeiterhöhung und der Einführung des Arbeitszeitkontos ist der Wegfall der „Zumutbarkeit“ nicht hinnehmbar. Auch eine frühzeitige Information ist für eine geregelte Unterrichtsorganisation unerlässlich.

#### **Zu § 9a Außerunterrichtliche Dienstpflichten.**

Der VLB schlägt vor, den § 9a ersatzlos zu streichen. Begründung:

Die vorgeschlagenen Änderungen in § 9a sind in § 9 Abs. 3 Satz 3 bereits geregelt. Außerdem birgt jede Auflistung die Gefahr,

- dass Betroffene (Lehrer wie Schulleiter) die aufgeführten Punkte als abzuarbeitende Checkliste betrachten,
- dass eine bei den gegenwärtigen Bedingungen unerfüllbare Forderungsliste alle Betroffenen als „Wenigleister“ abstempelt (dienstliche Beurteilung!),
- dass ggf. nicht genannte Aufgaben mit Verweis auf diese Auflistung abgelehnt werden,
- dass anstelle einer Begründung für einen Auftrag auf Vorschriften verwiesen wird,
- dass die Identifikation gerade der besonders engagierten Lehrkräfte mit ihrer Schule und damit ihre intrinsische Motivation Schaden leidet,

- dass damit ein Weg beschritten wird, der unweigerlich in einer Ausuferung der Vorschriften enden muss.

Diese Problematik gilt umso mehr, als die Ziffern 5 bis 7 noch mit Beispielen unterlegt sind.

Leider wurde dem vorliegenden Änderungsentwurf keine Begründung beigelegt. So bleibt eigentlich nur die Interpretation, dass das Ministerium der Meinung ist, Lehrern und Schulleitern müssten noch detaillierter Aufgaben aufgelegt bzw. nahegebracht werden. Vor dem Hintergrund der Belastungen aus insgesamt drei Arbeitszeiterhöhungen in kurzen Abständen, den Umwälzungen an den beruflichen Schulen bedingt durch Neuordnung der meisten Berufe und der Organisationsreform ist dies eine verheerende Botschaft. Detaillierte Aufgabenbeschreibungen in einer LDO widersprechen außerdem der Tendenz zu mehr Selbstverantwortung der Einzelschulen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die Unterpunkte 5 und 6 in § 9a (Qualitäts- und Schulentwicklung) eine deutliche Ausweitung der Aufgaben für alle Beteiligten einer Schule darstellen. So sehr wir inhaltlich hinter diesen Aufgaben stehen, so nachdrücklich fordern wir auch die personellen und sächlichen Ressourcen, die zu ihrer Erfüllung nötig sind. Das Mindeste ist eine umgehende und faire Untersuchung unserer Belastungen mit entsprechenden Konsequenzen.

#### **Zu §9a Satz 3**

Die Formulierung „Der Schulleiter hat darauf zu achten, dass die außerunterrichtlichen Aufgaben unter Berücksichtigung der individuellen dienstlichen Belastung möglichst gleichmäßig auf alle Lehrkräfte verteilt werden“ berücksichtigt nicht die Unterschiede bei Voll- und Teilzeitbeschäftigung.

Mit freundlichen Grüßen  
Hans Käfler, Landesvorsitzender

*Siehe dazu auch Kommentierung auf Seite 12.  
Wolfgang Lambl:  
Ablehnung des LDO-Änderungsentwurfs*

## Aus dem Landtag

Bayerischer Landtag  
15. Wahlperiode  
Drucksache 15/2825

### Vorläufige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

#### Antrag

der Abgeordneten Eduard Nöth, Siegfried Schneider, Georg Eisenreich, Ingrid Heckner, Reinhard Pachner, Berthold Rüth, Peter Schmid, Reserl Sem, Bernd Sibler, Georg Stahl, Blasius Thätter, Gerhard Wägemann, CSU.

#### Abschaffung beweglicher Ferientage

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, gesetzliche Vorgaben und Regelungen für die Schulen so zu ändern, dass ab dem Schuljahr 2005/2006 in den Schulen bewegliche Ferientage nicht mehr beschlossen werden können. Die Berufsschulen können bis zu zwei Tage von der Ferienordnung abweichen.

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der zweite Satz folgende Fassung erhält: In die Ferienordnung soll folgende Regelung aufgenommen werden: „Die Berufsschulen und *berufliche Schulen*, soweit sie mit Berufsschulen eine Dienststelle bilden, können bis zu zwei Tage von der Ferienordnung abweichen“.

Berichterstatter: Eduard Nöth  
Mitberichterstatterin: Angelika Weikert

#### II. Bericht:

Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 07. April 2005 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

*Siegfried Schneider, Vorsitzender*

#### Anmerkung:

Der Kursivtext in der Beschlussempfehlung wurde auf Initiative von Ingrid Heckner aufgenommen.

## Der Aufkleber

PETER THIEL

Vor mir liegt ein kleiner runder Aufkleber. Er ist in leuchtendem Gelb gehalten und zeigt ein in Strichmanier gezeichnetes lachendes Gesicht. Dazu die Aufschrift: „Freundlichkeit mindert Stress“. Mehrere Jahre verbrachte das gute Stück unter abgelegten Schriftsätzen, bis es mir jetzt wieder in die Hände fiel. Es stammt aus der Zeit, in der ich noch Lehrer war. In unserer Schule hatten wir ihn, den Aufkleber, seinerzeit gedruckt und ihn im Rahmen der sog. Schulentwicklung u. a. auch an unsere Schülerinnen und Schüler verteilt.

Die Anregung zu seiner Herstellung bekamen wir aus der Tageszeitung. Unter dem genannten Titel berichtete die SZ irgendwann einmal von einem internationalen Psychologenkongress, bei dem sich die Fachwelt mit dem Zusammenhang von Freundlichkeit und Stress beschäftigte. Ein löbliches Thema, nicht wahr?

Angesichts der Tatsache, dass das Lernklima in einer Schule den Lernerfolg stark beeinflusst, erschien mir der Aufkleber als besonders geeignetes Medium für meinen Umgang mit jungen Leuten. Immer wenn ich eine neue Klasse übernahm, erhielten die Schülerinnen und Schüler deshalb – ich hatte mir vorsorglich einmal einen ordentlichen Vorrat beiseite gelegt – einen Aufkleber ausgehändigt. Auch brachte ich ihn an der Tafel an. Dann widmete ich dem Thema eine Unterrichtsstunde, aus der – je nach Verlauf – auch einmal zwei werden konnten. Das Gespräch drehte sich um das Phänomen Freundlichkeit an sich, ferner um die stresserzeugende Wirkung der Unfreundlichkeit. Und schließlich ging's auch um gewisse Konsequenzen, die man sowohl auf Lehrer- als auch auf Schülerseite aus all dem ziehen könnte. Vieles wurde zutage befördert in solchen Gesprächsrunden, was dem Lernen im Wege stand, Vorträge wurden gefasst. Ich bildete mir ein, nach solchen Aussprachen eine positive Wirkung zu spüren und im-

mer wenn die Stimmung mal abzusacken drohte, folgte ein sanfter Hinweis auf den Aufkleber, der seinen festen Platz an der Tafel hatte. Ob sich die Lernleistungen dadurch wirklich verbesserten, wage ich mit letzter Sicherheit freilich nicht zu behaupten. Dennoch konnte ich – wie gesagt – feststellen, dass der Aufkleber dem Vertrauen im Klassenzimmer und einem vernünftigen Umgang miteinander äußerst förderlich war. Wie ein Katalysator wirkte er, der kleine Aufkleber mit seinem Signalgelb.

Indessen sind etliche Monate, ja Jahre, ins Land gegangen und meine Beziehungen zur Schulwirklichkeit beginnen zu verblassen. Damit stellt sich auch eine gewisse Erinnerungsverklärung ein, auf welche mich die Skeptiker hinweisen, wenn ich von der Wirkung des Aufklebers berichte. Sie meinen, dass solche Spielchen heute gar nicht mehr möglich seien. Erstens gelte es dringend bei PISA aufzuholen, zweitens würden die jungen Leute immer schwieriger und drittens die Klassen immer größer, was ja schließlich auch stimmt. C'est la vie: Ich sollte mich solchen Argumenten gegenüber also einfach geschlagen geben.

Insgeheim glaube ich dennoch weiter an die magische Wirkung meines kleinen gelben Aufklebers. Ich ziehe ihn liebevoll von seiner Unterlage ab und bringe ihn auf dem dunklen Deckel meines Terminkalenders an. Denn, so sage ich mir, was in der Schule so hilfreich war, kann doch auch im Alltag kein Fehler sein. Fast hätt' ich's vergessen: Der Ort, an dem der Aufkleber entstand war die Würzburger Franz-Oberthür-Schule, das steht übrigens auch drauf, auf dem guten Stück.



Nachahmenswertes aus Memmingen:

## Schüler betreiben MM-NETRIX

**KLAUS HEINEMANN**

Mit rund 200 Rechnern ist die Datenverarbeitungsanlage im kaufmännischen Berufsbildungszentrum Jakob Küner (BBZ) das größte Schulnetzwerk zwischen Ulm und Kempten und wird ausschließlich vom Junior-Unternehmen „MM-NETRIX“ betreut: Chef und Mitarbeiter des, sogar vor dem Finanzamt „real existierenden Unternehmens“, sind 15 Schüler und Auszubildende im Alter von 14 bis 19 Jahren.

„Junge Leute mit Biss und Köpfchen“ haben nach Auskunft ihres Lehrers Klaus Heinemann gegenüber Mitbewerbern um Lehrstellen die Nase eindeutig vorn, weil sie schon mal Angestellter oder Chef einer voll existierenden Firma waren. In der Freizeit wurde die Serverplattform des gigantischen Schul-Netzwerkes (in neun verschiedenen Räumen) schrittweise auf das freie Betriebssystem „LINUX“ umgestellt: Deshalb konnte kostengünstige Hardware eingesetzt werden, die Lizenzkosten wurden eklatant ge-

die Einzelplatz-Rechner zur Verfügung. Damit werden alle Rechner im Schulnetzwerk vor Viren vollautomatisch bestens geschützt.

MM-NETRIX bietet aber auch anderen Firmen Dienstleistungen an, die meist nur die Hälfte des Üblichen kosten: Für Interessenten in der freien Wirtschaft werden Grundgerüste von Webseiten erstellt, die dann schnell und einfach von den Kunden selbst aktualisiert werden können. Eine große Stärke der Juniorfirma ist die Webseiten-Filterung für andere Schulen, sowie die Internet-Anbindung von Schulnetzwerken über Linux-Gateways. Im letzten Schuljahr kam auf diese Weise die Edith-Stein-Schule zu ihrem ersten DV-Raum. Die beiden Schülerinnen, Adina Epurica (19) und Kristina Schneider (17) sind für Fakturierung und Verbuchung sämtlicher Geschäftsvorfälle (mit dem Buchführungsprogramm Winline) der Firma zuständig. Sebastian Hau, der seit der Firmengründung aktiv ist, zeichnet fürs Marketing und Web-Design. Zwei weitere Mitarbeiter kümmern sich um die Auftragseinholung und der Rest, meist fünf bis zehn Mitarbeiter, befassen sich mit der Technik: Sie nehmen die Rechner auseinander, schrauben neue Teile ein, montieren die Verbindungen und richten die Programme ein.

Rund 6 000 Euro wird von der Firma jährlich erwirtschaftet, jedoch kein Lohn ausgezahlt: Mit dem Gewinn wird die Beteiligung an Messen (als Anbieter und Besucher), sowie größere „Geschäftsreisen“ finanziert. Die diesjährige Abschlussfahrt führt nach Helsinki/Finnland und von dort aus geht es mit der Fähre nach Tallin/Estland. Dort werden das Geburtshaus von Linus Torwalds, des erfolgreichen Programmierers vom Betriebssystem „LINUX“, sowie das deutsche Gymnasium besucht.

Die meisten ehemaligen Mitarbeiter absolvieren derzeit eine Lehre, einer wurde Systembetreuer und ein anderer machte sich in der Datenverarbeitungsbranche selbständig; mit bestem Erfolg. <

*Info: <http://www.mm-netrix.de>*



Beste Berufsaussichten erwarten die Mitarbeiter von MM-NETRIX, einer kleinen Firma, die sich aus Schülern der Wirtschaftsschule, Berufsschule und der Fachschule für Datenverarbeitung rekrutiert. Foto: Franz Kustermann

Über die hauseigene Firma konnten im BBZ die Systembetreuungskosten halbiert werden, wodurch das Bildungszentrum einen Spitzenplatz in Bayern einnimmt. Erstmals haben die Mitarbeiter heuer die Möglichkeit, an der Prüfung zum „RedHat Certified Technican“, einem speziellen Linux-Zertifikat, teilzunehmen. „Lernen durch Arbeiten“ das steht für die MM-NETRIX-Mitarbeiter im Vordergrund, weil sie in dieser Firma ein Lern-Umfeld vorfinden, das ihnen kein anderes Unternehmen in der Berufsausbildung so anbieten kann:

senkt, immens teure Service-Verträge mit externen Partnern wurden sogar vollkommen überflüssig. In der Firma wird alles selber gemacht: Die Rechner werden je nach Bedarf mit Festplatten, Grafikkarten und anderen Innereien ausgestattet und miteinander vernetzt. Neben allen gebräuchlichen Programmen werden sämtliche Besonderheiten, auch Arztprogramme und Lernsoftware installiert. Spezielle Befehle im „Shell-Skript“ des LINUX-Servers holen stündlich von einem AntiVir-Server die neuesten Sicherheitsupdates und stellen sie für

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Mittelfranken

#### Vorstandssitzung in Herzogenaurach

Mehrmals im Schuljahr besucht der Bezirksvorstand bei seinen regelmäßigen Sitzungen eine der etwas über dreißig beruflichen Schulen in Mittelfranken. Die Sitzung im Mai – an der auch der stellvertretende Landesvorsitzende Alexander Liebel teilnahm – fand am Staatlichen Berufsbildungszentrum in Herzogenaurach statt.

Schulleiter Georg Uschalt und der Kontaktkollege vor Ort Werner Hofmockel nahmen die Gelegenheit wahr, uns „ihre“ Schule vorzustellen. Das BSZ hat am Hauptsitz in Herzogenaurach die Schwerpunkte Metall und einen starken kaufmännischen Bereich. An der Außenstelle in Höchstadt/Aisch sind die Berufsfachschulen für Hauswirtschaft und Kinderpflege sowie ein gestärkter Gastronomiebereich untergebracht. Ab nächstem Schuljahr kommt noch eine Berufsfachschule für Sozialpflege hinzu. Obwohl die Verlagerung der Bauabteilung nach Neustadt/Aisch sicher auch geschmerzt hat, sieht sich die Schule durch die nun mögliche klare Ausrichtung auf Kernbereiche und den Ausbau der Gastroabteilung insgesamt eher gestärkt. Die Schule selbst ist in einem hervorragenden baulichen Zustand und vom Land-

kreis sehr ordentlich ausgestattet, so dass der eine oder andere Vorstandskollege sicher etwas wehmütig an die eigene Schule gedacht hat.

Zurück zur Vorstandssitzung: Die Beratungen hatten den Entwurf der neuen Beurteilungsrichtlinien, die Einstellungssituation der Referendare und – aus aktuellen Anlass – die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr zum Thema. Wegen der Kürzungen im Haushalt hat die Regierung den beruflichen Schulen mitgeteilt, dass die Verträge für nebenberufliche Lehrkräfte im Schuljahr 2005/06 nicht verlängert werden können. Für viele Schulen würde dies den totalen GAU bedeuten, da ein Großteil dieser nebenberuflichen Lehrkräfte als Spezialisten in der praktischen Fachkunde nicht einfach zu ersetzen sind. Hier geht es nicht, wie an manchen allgemein bildenden Schulen, um ein paar Stunden im künstlerisch-musischen Bereich oder um Wahlangebote, sondern um das Kerngeschäft der beruflichen Schulen. An Wirtschaftsschulen wäre außerdem ein Unterrichtsausfall in Mangelfächern wie Englisch oder Mathematik unvermeidbar. Der stellvertretende Landesvorsitzende Alexander Liebel zeigte auf, dass der VLB natürlich sofort aktiv geworden ist und bereits mehrere Gespräche im Kultusministerium und mit der Wirtschaft geführt hat. Alle Lehrkräfte in den Bezirken sind aufgefordert, mit

ihren Abgeordneten Gespräche zu führen, um diese auf das Problem aufmerksam zu machen. Es bleibt nur zu hoffen, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde.

Daneben wurde Norbert Schammann, bisher Kreisvorsitzender in Nürnberg verabschiedet. Schammann hat den Kreisverband fünf Jahre angeführt und vor wenigen Wochen – wie bereits bei der Neuwahl vor einem Jahr angekündigt – sein Amt niedergelegt. Gleichzeitig wurde Ulla Pilz als neue KV-Vorsitzende herzlich in der Runde willkommen geheißen. *Horst Lochner*

### KV Bamberg-Forchheim

#### Mehr schulische Ausbildungsgänge für Jugendliche gefordert

Zum diesjährigen Jahrestreffen im Hotel Göller in Hirschaid konnte Kreisvorsitzender Pankraz Männlein eine stattliche Anzahl von Mitgliedern begrüßen und zeigte sich sehr erfreut über einen rund 6 prozentigen Mitgliederzuwachs im Kreisverband seit dem letzten Jahr.

Bevor die stellvertretende Landes- und Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm über aktuelle Themenbereiche im beruflichen Schulwesen berichtete, ehrte sie zusammen mit dem Kreisvorsitzenden Pankraz Männlein langjährige Mitglieder: Dies waren für 25 Jahre Ursula Fries, Georg Gröger, Volker Rosar und Erich Rübiger, für 40 Jahre Ursula Bredl, Wilfried Hüttinger, Hans-Otto Neubauer und Paul Pfister sowie für stolze 50 Jahre Heinrich Denzler.

Gleich zu Beginn ihres Vortrags ging Dr. Angelika Rehm auf den Mangel an Ausbildungsplätzen und die damit zusammenhängende Jugendarbeitslosigkeit ein. So sei für Jugendliche beim Eintritt ins Berufsleben ohne Ausbildung dazustehen ein ganz einschneidendes und deprimierendes Ereignis, das die Gefahr in sich birgt, dass die Jugendlichen auf die schiefe Bahn geraten. „Hier sind gegensteuernde Maßnahmen dringend erforder-



BV-Vorsitzender Horst Lochner bedankt sich bei Norbert Schammann für die geleistete Arbeit ...



... und hieß die neue KV-Vorsitzende Ulla Pilz willkommen.



Auf dem Bild die Ehrenden und die Geehrten des VLB (von links): Ursula Bredl, stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Angelika Rehm, Heinrich Denzler, Hans-Otto Neubauer, Kreisvorsitzender Pankraz Männlein, Ursula Fries, stellvertretende Kreisvorsitzende Barbara Schnackig und Paul Pfister.

lich“, so Dr. Rehm und nahm deshalb den Staat in die Pflicht. Sie forderte weiter: „Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit müssen die Länder die sich aus dem novellierten Berufsbildungsgesetz ergebende Möglichkeit nutzen und verstärkt vollzeitschulische Ausbildungsgänge anbieten, die zu einem IHK-Abschluss führen. Die jungen Leute sind ausbildungsreif,“ führte sie weiter aus, „aber sie verlieren mit jedem Tag ohne Ausbildung, ohne Arbeit und damit ohne geregelten Tagesablauf und ohne Perspektive ein Stück ihrer Ausbildungsreife und ihrer Motivation.“

Ein weiteres wichtiges Thema war die Lehrerversorgung in Bayern. Derzeit lässt sich eine Binnenwanderung innerhalb von Deutschland nach Süden feststellen. Des Weiteren macht sich der Pisa-Test und die durch ihn ausgelöste Forderung nach mehr Abiturientinnen und Abiturienten und mehr Ausbildung in Deutschland in einem geänderten Schulwahlverhalten und längeren Schullaufbahnen der Schülerinnen und Schüler bemerkbar. Dem zu Folge lassen sich zwar ein höherer Lehrerbedarf und zunehmende Schülerzahlen in Bayern feststellen, das Kultusministerium kommt jedoch diesen Tatsachen durch die Einrichtung von genügend Planstellen im neuen Schuljahr insbesondere im beruflichen Schulwesen nicht entgegen. „Der VLB kämpft für die Einrichtung einer ausreichenden Zahl von Planstellen, denn ein Unterrichtsausfall von jährlich 3.500 Stunden an Berufsschulen sowie von 750 Stunden an Fach- und Berufsoberschulen können

ganz und gar nicht hingenommen werden“, so die stellvertretende Landesvorsitzende.

Zur Bewältigung des Schülerbergs und der Planstellenlücke wurde die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte bereits im vergangenen Schuljahr um eine Unterrichtsstunde erhöht, im kommenden Schuljahr folgt eine weitere Stunde durch das Arbeitszeitkonto (5-3-5), mit dem der Schülerberg untertunnelt werden soll. Zudem hat die Einrichtung von R 6 und G 8 enormen politischen Erfolgsdruck verursacht und die Notwendigkeit von Planstellen und Lehrern insbesondere gerade für Intensivierungsstunden offensichtlich gemacht. Es hat sich aber gezeigt, dass das Schaffen der Planstellen auf Grund der Sparpolitik des Kultusministeriums bislang kostenneutral und nur durch Umschichtungen erfolgt und deshalb zwangsläufig zu Lasten anderer Schulbereiche und dabei insbesondere des beruflichen Schulwesens geht. Hierzu Dr. Rehm energisch: „Es darf nicht sein, dass die beruflichen Schulen für das G 8 bluten müssen!“

Als Beispiel erfolgreicher Verbandsarbeit stellte Dr. Rehm den vom VLB bei der Prüferbeteiligung der Lehrkräfte in der IHK-Abschlussprüfung erzielten Durchbruch heraus. So konnte eine zeitliche Entlastung der Lehrkräfte im Hauptamt erreicht werden. Denn es wird der jeweiligen Schule für die Mitwirkung von Lehrkräften bei Berufsschulabschlussprüfungen eine zeitliche Anrechnung aus einem schulbezogenen „Prüfungspool“ gewährt werden. Dieser errech-

net sich als bestimmter Faktor mal Anzahl der Abschlussprüflinge einer Schule.

Im Anschluss und bereits während des Vortrags kam es zu angeregten Diskussionen, bei denen einige Kernprobleme aufgegriffen und vertieft wurden. Darüber hinaus stand die Referentin für weitere Fragen und Probleme der Mitglieder Rede und Antwort. Zum Schluss der Veranstaltung fand eine bebilderte Rückblende auf den erfolgreichen letztjährigen VLB-Berufsbildungskongress vom 26./27. November 2004 in Bamberg statt.

*Bernd Krügel*

## KV Oberbayern-Südwest und -Nordwest

### Kontaktlehrertagung in Wolftrathausen

#### Schwerpunkt: Dienstliche Beurteilung

Beim Frühjahrstreffen der KontaktkollegenInnen hatten die beiden Kreisverbände den Schwerpunkt auf die dienstliche Beurteilung gelegt und sich dazu kompetente Referenten eingeladen: Hauptpersonalrätin Dr. Elfriede Bärwinkel und Bezirkspersonalrat Hans Sommerer. Auch Bezirksvorsitzender Rudi Keil stand Rede und Antwort.

Nachfolgend kurzgefasst die wesentlichen Inhalte der Ausführungen: Die periodische Beurteilung erfolgt in diesem Beurteilungszeitraum nach der neu gefassten siebenstufigen Bewertungsskala. Weil es sich um ein neues System handelt, ist eine Kurzbeurteilung dieses Mal nicht zulässig. Wer am 1. Januar 2006 bereits 55 Jahre oder älter ist, wird nur noch auf schriftlichen Antrag hin beurteilt; wer zu diesem Zeitpunkt mindestens 50 Jahre alt ist, kann bei seinem Schulleiter schriftlich auf eine Beurteilung verzichten. Die Regierung von Oberbayern hat diesmal auf die Vorgabe eines Beurteilungsschnitts verzichtet. Jede beurteilte Lehrkraft soll darauf achten, dass alle Arbeiten an der Schule, die seit der letzten Beurtei-



In Wolftrathshausen dabei. Von links: Hauptpersonalrätin Dr. Elfriede Bärwinkel und der Hausherr Manfred Dichtl ...

lung übernommen oder übertragen wurden und die über die übliche Unterrichtstätigkeit hinausgehen, wie zum Beispiel Mitarbeit an der Schulentwicklung oder Tätigkeit als Personalrat, in der Beurteilung aufgeführt werden. Das gleiche gilt für alle Funktionen, die in dieser Zeit ausgeübt wurden, sowie für den Einsatz als Lehrervertreter bei Kammerprüfungen und ähnliche Ehrenämter. Wer sich ausschließlich auf seinen Unterricht konzentriert, kann keine überdurchschnittliche Beurteilung erwarten. „Wer nicht mehr macht, als seinen Unterricht, kommt nicht über den Schnitt!“ Bereits in 2005 werden Kolleginnen und Kollegen beurteilt, die vorzeitig verbeamtet wurden, die in eine Funktion eingewiesen werden sollen oder die während des Schwangerschaftsurlaubs unterhältig beschäftigt sind. Auch diese Beurteilung erfolgt nach den neuen Beurteilungsrichtlinien.

Der Personalrat weist ausdrücklich darauf hin, dass jeder Lehrer das Recht hat, sich direkt an jeden Personalrat zu wenden, also auch direkt an den Bezirkspersonalrat oder den Hauptpersonalrat, ohne irgend einen „Dienstweg“ über den örtlichen Personalrat oder gar die Schulleitung zu gehen. Bei der Kontaktaufnahme mit dem Personalrat gibt es keinen Dienstweg.

Wer Altersteilzeit im Blockmodell in Anspruch nimmt und in der Blockphase länger als sechs Monate lang krank ist, muss den durch Krankheit ausgefallenen Unterricht in der Freistellungsphase nacharbeiten. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die



... sowie Bezirksvorsitzender Rudi Keil und Bezirkspersonalrat Hans Sommerer.

Krankheitstage zusammenhängend angefallen sind oder in Abständen: Sobald die Gesamtzahl erreicht ist, muss nachgeholt werden.

Eine lange und intensive Diskussion gab es wegen der rigorosen Kürzung bei den nebenberuflichen Lehrkräften, die an den meisten Schulen die Unterrichtsversorgung gefährdet, insbesondere in Fächern, die nicht fachfremd unterrichtet werden dürfen, wie medizinische und zahnmedizinische Fachkunde oder nicht unter-

richtet werden können, wie der fachpraktische Unterricht bestimmter Handwerksmeister.

Auch die Einführung des Arbeitszeitkontos, das die Einstellungsaussichten für Referendare drastisch verschlechtert hat, wurde ausgiebig besprochen. Noch nicht geklärt zu sein scheint, wie die angesparten Stunden bei Dienstunfähigkeit oder Tod behandelt werden.

Der pädagogische Tag ist Pflicht für alle, auch für Teilzeitkräfte und nebenberufliche Lehrkräfte, soweit letzteren die Teilnahme zugemutet werden kann. Inhalt und Form des Tages werden vom Kollegium festgelegt, nicht von der Schulleitung.

Am 8. und 9. Juli 2005 findet in Freising ein Treffen aller oberbayerischen Kontaktlehrer statt. Auch von den Schulen, die bisher keinen Kontaktlehrer gemeldet haben, soll sich eine Kollegin oder ein Kollege mit seinem Kreisvorsitzenden in Verbindung setzen. Jedes neue Gesicht ist herzlich willkommen. *Wieland Schöne*

## Fachgruppen

### FG Personalvertretung

#### Fachgruppe tagt im Maximilianeum

Auf Einladung des Hauptpersonalrates Wolfgang Lambl und Vermittlung durch die langjährige Amtsvorgängerin und jetzige Landtagsabgeordnete Ingrid Heckner traf sich die Fachgruppe Personalvertretung Anfang April zu einer ganztägigen Sitzung im Baye-

rischen Landtag. An der Veranstaltung im Maximilianeum nahmen neben den Hauptpersonalräten die Bezirkspersonalräte aller Bezirksregierungen und die Personalvertreter der städtischen beruflichen Schulen in Bayern teil. Anwesend war auch der VLB-Vorsitzende Hans Käfler, der zum einen den Personalräten zu aktuellen Fragen Rede und Antwort stand, aber auch wichtige VLB-Positionen gegenüber Abgeordneten aus dem Bil-



Führten interessante Diskussionen. Von links: Hans Käfler, Ingrid Heckner (MdL), Dr. Walter Eykmann (MdL) und Wolfgang Lambl ...



... von links: Horst Hackel, Siegfried Schneider (MdL), Ingrid Heckner (MdL) und Dr. Elfriede Bärwinkel.



... von links: Reinhard Tischler, Dr. Gerhard Waschler (MdL) und Wilhelm Stelzl.

dungsbereich vertrat. Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl konnte folgende Mitglieder des Landtages zu Fachgesprächen begrüßen:

- Ingrid Heckner: Mitglied des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und für Fragen des öffentlichen Dienstes
- Prof. Dr. Gerhard Waschler: Mitglied des Ausschusses für Haushaltsfragen und Finanzfragen und für Fragen des öffentlichen Dienstes
- Prof. Dr. Walter Eykmann: Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- Siegfried Schneider: Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Man lernte also den neuen Kultusminister in diesem Gespräch bereits näher kennen. Die Abgeordneten nahmen sich Zeit, um die Anliegen der Personalräte und des VLB anzuhören und aufzunehmen. Ein ständiger Austausch und Diskurs über aktuelle Themen ist nämlich eine wichtige Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit, die sicherlich Vorteile für beide Seiten bietet.

So nahmen die Politiker u. a. zu folgenden aktuellen Themen Stellung:

- Verstaatlichung kommunaler beruflicher Schulen
- Einstellungssituation im kommenden Schuljahr
- Verpflichtendes Arbeitszeitkonto

- Situation der Jungarbeiter an Berufsschulen
- Neue Beurteilungsrichtlinien
- Arbeitszeitmodelle für Lehrer

Durch die Personalräte und den Verbandsvorsitzenden wurden die besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen, die sich erheblich von anderen Schularten unterscheiden, nachdrücklich zum Ausdruck gebracht und mit entsprechenden Forderungen verbunden.

*Dr. Elfriede Bärwinkel/  
Hans Sommerer*

### „Gute Zusammenarbeit erfordert gegenseitiges Vertrauen!“

**Personalratsschulung für Nordbayern**  
Vom 11. bis 12. April 2005 fand im neu eingerichteten Ausbildungshotel Mar-

kushof von Don Bosco in Veitshöchheim eine Schulungsveranstaltung für Personalräte beruflicher Schulen statt. Teilgenommen haben 35 Personalräte aus dem fränkischen Raum.

Die Inhalte reichten von der Neufassung der dienstlichen Beurteilungsrichtlinien, die Einführung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos, die Rechtsstellung der Personalräte bis zu dem viel diskutierten Thema der Mitwirkung von Lehrkräften bei Berufsabschlussprüfungen. In „Personalratsgruppen“ arbeiteten die Teilnehmer an aktuellen Fällen aus der Arbeit der Personalvertretungen.

Die Personalräte selbst brachten viele aktuelle Fragen ein. Hierzu waren der gegenseitige Austausch und die vielen Randgespräche fruchtbar und brachten interessante Anregungen.

Zu dem für Personalräte aktuellem Thema „Konflikte und Mobbing“ hörten wir ein Referat, in dem uns unter anderem ein praktikables Konzept für Konfliktlösungsgespräche vorgestellt wurde. Ein weiteres Referat von Reiner Roggan, DBV-Winterthur, beschäftigte sich mit den Änderungen bei Versorgung, Beihilfe und Besoldung. Zur ausführlichen Information gab es eine sehr sorgfältig vorbereitete Tagungsmappe, die den Teilnehmern sicher bei der Personalratsarbeit hilfreich ist.

Ein umfangreiches und informatives Programm.

Wir bedanken uns bei Kollegin Maria Mederer, Staatliche Schulberatungsstelle Mittelfranken, für den interessanten Vortrag über Konflikte und bei Reiner Roggan für die Informationen über den Versicherungsschutz so-



Angeregte Diskussionen der Personalräte.



Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl fand immer aufmerksame Zuhörer vor.

wie die Unterstützung der Veranstaltung. Ebenso bedanken wir uns bei den Jugendlichen und ihren Ausbildern am Ausbildungshotel Markushof in Veitschöchheim, die uns unseren Aufenthalt so angenehm gestaltet haben und bei allen Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre engagierte Beteiligung so viele verschiedene Aspekte in die Gespräche einbrachten.

Besonderer Dank gilt unseren Hauptpersonalräten Wolfgang Lambl und Horst Hackel sowie dem Bezirkspersonalrat Unterfrankens Klaus Wiederer. Sie haben die Schulungsveranstaltung bis in die Einzelheiten sehr

gut vorbereitet, uns anschaulich mit den neuesten Informationen versorgt und sehr geduldig und kompetent alle unsere viele Fragen beantwortet. Deutlich wurde auch, wie wichtig das Motto „Gute Zusammenarbeit erfordert gegenseitiges Vertrauen“ in der täglichen Arbeit ist, dass in der augenblicklichen Haushaltssituation vieles Wünschenswerte auf der Strecke bleibt und trotzdem mit geschickter und beharrlicher Verhandlung einiges für die Lehrkräfte an beruflichen Schulen erreicht wird.

Wir freuen uns auf die nächste Schulung!  
*Karin Drexler*

übrigen Bildungseinrichtungen in Triesdorf informiert. Während in Bayern die Zuständigkeit für die Berufsschule beim Kultusministerium und die Zuständigkeit für die Weiterbildung beim Landwirtschaftsministerium liegt, ist dies in manchen Bundesländern in einer Hand – in Rheinland-Pfalz etwa alles beim Landwirtschaftsministerium und in Schleswig-Holstein alles beim Kultusministerium. Solche Modelle führen dann auch zu einer stärkeren Verknüpfung der verschiedenen Schulen.

In allen Bundesländern hat sich die Zahl der Auszubildenden im Bereich Landwirtschaft in den letzten Jahren – nachdem diese vorher jährlich rückläufig war – stabilisiert. Hier spielen sicher die mangelnden Alternativen auf dem Ausbildungsmarkt eine Rolle. Immer wieder stellte sich dabei die Frage, wie können schwache Schüler besser gefördert werden, wie können besonders leistungsfähige Schüler die Ausbildung effektiver nutzen. Für die zuletzt Genannten gibt es in einigen Ländern berufliche Gymnasien; außerdem bieten Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern eine dreijährige Berufsausbildung mit integriertem Erwerb der Fachhochschulreife an. Für leistungsschwache Jugendliche wird teilweise die Werker- oder Fachhelfer-Ausbildung ausgeweitet. Lothar Rösner aus Mecklenburg-Vorpommern berichtete von der Lehrplanarbeit für den neuen Ausbildungsberuf der Landwirtschaft „Fachkraft Agrarservice“, der zum neuen Schul-

## FG Agrarwirtschaft

### Jahrestagung des Bundesrings landwirtschaftlicher Berufsschullehrer

Jährlich einmal treffen sich die landwirtschaftlichen Vertreter der Berufsschullehrerverbände bzw. Fachgruppen zu einer zweitägigen Arbeitssitzung. In diesem Jahr fand die Tagung vom 29. bis 30. April in Ansbach und Triesdorf statt.

Wer glaubt, dass ein gemeinsames Berufsbildungsgesetz für gleiche Ausbildung in den verschiedenen Bundesländern sorgt, sieht sich sehr schnell eines Besseren belehrt. So viele Bundesländer wie es gibt, so viele unterschiedliche Regelungen gibt es. Aber gerade diese Vielzahl von unterschiedlichen Regelungen macht es lohnend und erforderlich,

das gemeinsame Gespräch zu suchen. Die Vertreter von acht Bundesländern haben am Freitag an der Berufsschule in Triesdorf getagt und sich dabei über die Ausbildung an der Schule, aber besonders auch über die gegenseitige Verknüpfung mit den

Diskutierten intensiv die Probleme der landwirtschaftlichen Berufsschulen – Interessenvertreter aus acht Bundesländern.



jahr anlaufen soll. Neben der bildungspolitischen Diskussion wurden auch verbandspolitisch die Weichen gestellt. Bei den Neuwahlen für die Leitung des Bundesrings wurde Ludwig Most aus Niedersachsen für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt, Dieter Brückmann aus Nordrhein-Westfalen wurde erneut zum Geschäftsführer bestimmt; Dr. Rudolf Drexler aus Hessen ist Kassenswart.

Nach intensiven Diskussionen konnten sich die Teilnehmer bei einer Schlossführung und einem Spaziergang durch den Schlossgarten und die Altstadt von Ansbach auch vom Reiz dieser alten Residenzstadt überzeugen. Besonderes Interesse fand dabei die Geschichte von Kaspar Hauser.

Am Samstag wurde die Tagung am BSZ in Ansbach fortgesetzt. Dabei stellte der Schulleiter Werner Kern, die Schule und ihre Ausbildungsrichtungen vor. Es zeigte sich, dass es die Diskussion um Kompetenzzentren, Minderklassen, Sparhaushalte und externe Evaluation nicht nur in Bayern gibt. Es wurde aber auch deutlich, dass trotz aller Unterschiede in der Schulorganisation der Länder, die Ziele von Berufspädagogen und die Verantwortung für die Auszubildenden länderübergreifend übereinstimmen.

*Horst Lochner*

## FG Sozialkunde

### Fortbildungsveranstaltung „Klimawandel“

In Zusammenarbeit der Bezirke Mittel- und Oberfranken sowie der Kreisverbände Mittelfranken-Nord und Nürnberg sowie der Fachgruppe Sozialkunde fand am 21. April 2005 an der Wirtschaftsschule in Erlangen eine Fortbildung mit dem bekannten Klimaforscher Prof. Wolfgang Seiler statt. Zu seinem Vortrag Klimawandel: Ursachen, Perspektiven und Maßnahmen hatten sich rund 40 Zuhörer auch aus dem Bezirk Oberpfalz eingefunden. Darunter waren auch einige



Fand aufmerksame Zuhörer vor – Prof. Wolfgang Seiler.

Schüler/innen der Klasse 9b der Wirtschaftsschule mit ihrem Klassenleiter Gerald Wölfel, die einen hervorragenden Cateringservice für die Gäste boten, den auch der Hausherr Dietrich Weidinger in seiner Begrüßung besonders lobte.

Daran schloss sich eine kurze Einführung des Organisators und Autors dieses Artikels an, der dem Referenten besonders dankte, da dieser bereits am Vormittag diese umfassende Thematik auf einer Fortbildung der Reg. von Mittelfranken vor Umweltauftragten in Triesdorf bei Ansbach behandelt hatte.

#### Fünf Fragestellungen zum Thema „Klimawandel“

In seinem fast zweistündigen Referat, an dem sich dann eine sehr umfangreiche Diskussion anschloss, trug Prof. Seiler einige seiner Forschungsergebnisse aus der Arbeit am Institut für Meteorologie und Klimaforschung, Atmosphärische Umweltforschung (IMK-IFU) der Forschungsgruppe Karlsruhe in Garmisch-Partenkirchen vor. Fünf Fragestellungen standen dabei im Mittelpunkt seiner Ausführungen:

- Hat sich das globale Klima bereits geändert?
- Welche Ursachen sind verantwortlich?
- Wie wird sich das Klima weiter entwickeln?
- Welche Auswirkungen sind zu erwarten?
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?

#### Ursachen des Klimawandels

Prof. Seiler erklärte den Begriff Klima dahingehend, wie die Biosphäre mit der Atmosphäre reagiere und dass die Wechselwirkungen noch relativ unbekannt seien. Die Erdkugel ist von den Satelliten ausgesehen mit einem blauen Band – die „blaue“ Atmosphäre enthält über 70 Prozent Stickstoff – umgeben, ohne die ein Leben auf der Erde nicht möglich sei, denn sonst könnte die schädliche UV-Strahlung voll auf die Erde treffen. Weiter stellte er fest, dass die Veränderung des Klimas gemessen an der sog. globalen bodennahen Temperatur eine Differenz zwischen heutiger Warmzeit und letzter Eiszeit ca. 4 Grad Celsius betrage und sich in Bayern bspw. ein Temperaturanstieg etwa in den letzten 50 Jahren im Mittel von 0,6 bis 0,7 Grad zeigte (bei Messungen in Perioden von 10 oder 20 Jahren).

Gäbe es übrigens die schädlichen Treibhausgase nicht auf der Erde, hätte man eine mittlere Temperatur von minus 18,5 Grad Celsius und nicht wie zur Zeit von plus 15,5 Grad Celsius.

#### Veränderungen in der Natur durch eine Temperaturerhöhung

Prof. Seiler zeigte anhand von Satellitenbildern den blauen Planeten Erde, Temperaturgrafiken, Vergleichsfotos von Alpengletschern und ihre Rückbildungen bspw. die Veränderungen in der Natur, beim Zugvogelverhalten, Ausbreiten von Schädlingen, Verlängerung der Vegetationsperiode um ca. 2 – 3 Wochen. In den letzten 30 Jahren ergab sich ein Rückgang der Glet-

schermassen durch Abschmelzen wegen der genannten Erwärmung, eine Zunahme von Extremereignissen wie Dürre, Hochwasserkatastrophen durch intensive Niederschläge von Regen und Hagel, vermehrte Murenabgänge, gesundheitliche Folgen bei den Menschen insbes. in den Sommermonaten (Herz-Kreislauf-Todesfälle!) etc.

Wir befinden uns nach seiner Aussage in einem sehr umfangreichen globalen Klimawandel mit erheblichen ökologischen, ökonomischen und vielfach noch nicht untersuchten sozialen Folgen.

Die Auswirkungen vor allem am Beispiel Süddeutschland zeigen sich insbes. im Anstieg der Temperatur um 1 Grad Celsius und der Schneefallgrenze um ca. 100 m, Zunahme der Niederschlagsmengen um 20 – 30 Prozent im Frühjahr, dagegen Rückgang um 20 Prozent im Sommer und die starke Zunahme von den sog. Extremwetterereignissen durch Hagel, Sturm und andere Niederschläge (für die Landwirtschaft sehr problematisch!).

Er sprach dann über Anpassungsstrategien und regionale Klimamodelle, vor allem über die starke Zunahme der CO<sub>2</sub> – Emissionen um ca. 50 Prozent, den Anstieg der mittleren Temperatur um 1 Grad. CO<sub>2</sub> – Emissionen müssen unbedingt gemindert werden – er erwähnte dabei die Konferenz von Rio de Janeiro und das Kiotoprotokoll.

#### Was können wir beitragen?

Beispielsweise wären da die rationelle Energienutzung mit Heizungsmodernisierungen, bessere Isolation von Altbauten, Energieeinsparmaßnahmen (kein „Stand by“ bei elektronischen Geräten), Änderungen im Kaufverhalten bei technischen Geräten, Autos etc., Energieeffizienzerhöhung bei Heiz- und Kraftwerken etc. Staat und Wirtschaft müssen beim Hochwasserschutz, Waldumbau, Anpassung der Entwässerungssysteme aktiver werden.

Ein Austausch von CO<sub>2</sub> – emittierenden Prozessen wie Ersatz von Kohle und Erdöl durch Erdgas, Einsatz

von CO<sub>2</sub> – freier Energie sowie Entwicklung u. Einsatz von CO<sub>2</sub> – freier Technologien müsse erreicht werden.

#### Kein Königsweg !

Es gibt keinen „Königsweg“, sondern es muss eine Bündelung von Maßnahmen erfolgen, die alle Gruppen in der Politik, nämlich Bürger, Wirtschaftsbereiche insbes. Industrie und den Staat auch mit staatlicher Lenkung (z. B. Änderung von Mietrecht und Raumordnung, der Anpassung der Wärmeschutzverordnung auf Altbauten, Änderung der Honorarordnung von Ingenieuren und Architekten etc.) mit einbezieht.

#### Entwicklung in den Ländern der „Dritten Welt“

Auch müssten die Entwicklungsländer mit in die Betrachtung einbezogen werden, damit nicht dort die gleichen Fehler wie bei uns gemacht werden, insbes. ergäben sich dort riesige Probleme hinsichtlich der Bevölkerungsverdoppelung – Riesenstädte mit Problemen für Boden, Mobilität, Luft und Wasser.

#### Fazit

Sein Referat endete mit den Worten: „Man kann nicht immer nur von Umweltschutz reden – man muss auch etwas dafür tun. Don't ever give up!“

Der Organisator verteilte einige Auszüge von Presseartikeln, die man im Erdkunde-, Sozialkunde-, Wirtschaftslehre-, Deutsch- oder Religions- bzw. Ethikunterricht gut verwenden könnte und wies nach Ende der Diskussion auf eine Sammlung von Zeitungsartikeln zum Thema aus dem Pressedienst mit der Internetadresse [www.presstext.de](http://www.presstext.de) hin. Nach seinem

nochmaligen Dank an den Referenten stellte er abschließend fest, dass die Veranstaltung noch mehr Zuhörer verdient hätte. *Detlef-Lutz Pertek*

#### FG Handelsberufe

#### Internetseiten aktualisiert

Die Fachgruppe traf sich zuletzt am 29. April 2005. Die Teilnehmer aus ganz Bayern (u. a. aus München, Memmingen, Friedberg, Regensburg, Neusäß, Schwandorf, Bayreuth, Kulmbach und der Umgebung von Nürnberg) diskutierten hochaktuelle Informationen von der ALP Dillingen und vom GBA. Erfahrungen mit den neuen Klassen im Einzelhandel wurden ausgetauscht. Wichtige Einzelheiten können im Internet nachgelesen werden: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) > [Infos](#) > [Fachgruppen](#) > [Handelsberufe](#).

#### Die nächsten Termine:

- 22. Oktober 2005 in Fürth im Rahmen der Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs
- 18. November 2005, 13.30 Uhr in Nürnberg (Zu diesem „Stammtermin: Am Freitag vor der Prüfung“ wird nicht gesondert eingeladen!)
- März 2006 (Geplanter Besuch einer Berufsschule für Einzelhandel in Südbayern. Näheres rechtzeitig im Internet!)
- 5. Mai 2006, 13.30 Uhr in Nürnberg (Zu diesem „Stammtermin: Am Freitag vor der Prüfung“ wird nicht gesondert eingeladen!)

Schauen Sie einfach ab und zu ins Internet. Die Seiten werden regelmäßig gepflegt. *Gerhard Hacker*

#### Zum Vormerken:



**Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs**



**22. Oktober 2005 in Fürth**

## Referendare und Studenten

### VLB Wochenendseminar für Referendare:

#### Verbesserung der Einstellungssituation durch Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Am 6. und 7. Mai kamen 20 Referendare aus den Studienseminaren Süd-, Ost-, und Nordbayern zum diesjährigen VLB-Wochenendseminar in Passau zusammen. Nach der Begrüßung durch den VLB-Landesvorsitzenden und Gastgeber Hans Käfler legten die Referendarsprecher Thomas Barmetler und Engelbert Wiedemann ihren Tätigkeitsbericht ab und stellten den Teilnehmern den VLB vor. Ausführlich gingen sie auf die Aufgaben der Referendarsprecher ein, die Sitz und Stimme im Hauptvorstand haben.

#### Neuwahlen

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der Teilnehmer erfolgten die Neuwahlen der Referendarvertreter. Für den gewerblichen Bereich wurde Edigna Kellermann gewählt. Sie besucht derzeit mit der Fächerkombination Gesundheits- und Pflegewissenschaften und Sport das Studienseminar Südbayern im ersten Referendariatsjahr und unterrichtet am beruflichen Schulzentrum in Mühldorf und an der FOS für Wirtschaft in München. Neuer Referendarsprecher für den kaufmännisch-verwaltenden Bereich ist

Jürgen Krotter, ebenfalls im ersten Referendariatsjahr, aus dem Studienseminar Ostbayern, dessen Seminar-schule die BS III in Regensburg ist. Zu deren Vertretern wurden gewählt: Katrin Michl (BS Rothenburg o. T.), Regina Kurz (BS II Rosenheim) und Andreas Hartl (BS Pfaffenhofen).

#### Einstellungssituation

Im Anschluss erarbeiteten die Referendare in Kleingruppen einen Fragenkatalog für die Podiumsdiskussion des zweiten Seminartages. Dabei fand ein reger Austausch über die verschiedenen Studienseminare und Fächerkombinationen hinaus statt. Die Referendare des zweiten Jahres berichteten über den neuen Prüfungsmodus der LPO II und die 3. Lehrprobe, die als mehrstündige Unterrichtseinheit abgehalten wird. Außerdem gab man sich gegenseitig Tipps zu Unterrichtsvorbereitungen und Zeitmanagement im Referendariat. Bezüglich der sehr problematischen Einstellungssituation wurden verschiedene Briefe an das Kultusministerium und Zeitungsartikel diskutiert, die Referendare des zweiten Jahres verfasst haben. Es herrschte Einigkeit darüber, dass dies wohl die einzige Möglichkeit ist, die Politik und die breite Öffentlichkeit auf den großen Pflichtstundenausfall, kombiniert mit der Nichteinstellung vieler Lehrer aufgrund der Sparmaßnahmen, aufmerksam zu machen. Bei

den allgemein bildenden Schulen übernehmen diese Aufgabe oft Eltern und Elternverbände. Im beruflichen Schulwesen ist es eine sehr wichtige Aufgabe der Lehrer diese Missstände aufzuzeigen.

Die Podiumsdiskussion mit dem VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler, MR Georg Hirner und VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann befasste sich fast ausschließlich mit der unbefriedigenden Einstellungssituation. 315 Referendare und 20 Quereinsteiger aus der Wirtschaft schließen dieses Jahr ihre Ausbildung ab, aber nur knapp die Hälfte hat bisher Aussicht auf eine Anstellung, obwohl der Freistaat bis vor sechs Wochen noch dringend für diesen Berufsweg geworben hat.

Bei diesen „Einstellungsmöglichkeiten“ handelt es sich jedoch nicht um Planstellen sondern eben nur um Möglichkeiten der Anstellung. Besagte „Einstellungsmöglichkeiten“ werden wie gehabt entsprechend der Note vergeben: die Besten erhalten eine Planstelle, die Letzten lediglich einen Jahresvertrag. Dazwischen werden sich die sog. „Superverträge“ bewegen. Diese Superverträge sollen Dreiviertel-Verträge sein, bei denen die Betroffenen zunächst für zwei Jahre angestellt sind und die dann in eine Planstelle überführt werden. Es zeichnet sich jedenfalls ab, dass 80 Referendare (kaufmännisch und gewerblich) im zweiten Jahr auf der Strecke bleiben.

Ursache des Überhangs an Berufsschullehrern ist nicht plötzlich ein fehlender Bedarf, sondern die staatlich verordnete Verlängerung der Arbeits-



VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler mit den neuen Referendarvertretern Edigna Kellermann und Jürgen Krotter.



Angeregte Diskussionen während der Gruppenarbeit.

zeit für Lehrer und die Einführung verpflichtender Arbeitszeitkonten.

Trotzdem fallen an Berufs- und Wirtschaftsschulen 3500 Pflichtstunden pro Woche aus. Das sind vier Prozent des gesamten Unterrichts. An Fach- und Berufsoberschulen liegt der Unterrichtsausfall bei 750 Pflichtstunden beziehungsweise neun Prozent.

Pflichtunterricht fällt aus, motivierte und engagierte Junglehrer die sieben Jahre vom bayrischen Staat ausgebildet wurden, werden nicht übernommen. Das bayerische Kultusministerium empfiehlt sogar, sich in Baden-Württemberg zu bewerben, wo bereits die erste Runde abgeschlossen ist und noch ca. 270 Stellen im beruflichen Schulwesen zu besetzen sind. Baden-Württemberg selbst hofft noch auf viele Bewerbungen aus Bayern und würde diese mit „Kusshand“ nehmen. Das Credo der Diskussion: jeder der nicht gebunden ist, sollte sich also in Baden-Württemberg bewerben!

Eine Verbesserung der Einstellungssituation, da sind sich alle einig, kann nur durch Zusammenarbeit auf allen Ebenen erreicht werden. Zwar hat die Spitze des VLB Kontakt zu den Ausschüssen im Landtag, so dass die Ausschüsse recht gut über die Situation an den beruflichen Schulen informiert sind. Jedoch zeigt sich in der Abstimmungspraxis, dass viele Abgeordnete oft nur über das allgemein bildende Schulwesen, insbesondere das Gymnasium Bescheid wissen, was vermutlich auch die eher bevorzugte Behandlung des Gymnasiums erklären dürfte.

Es ist deshalb außerordentlich wichtig, gezielt Landtagsabgeordnete über die Probleme im beruflichen Schulwesen aufzuklären.

Die 500 zusätzlichen Stellen, die die CSU-Fraktion in Kreuth beschlossen hat, sind noch nicht auf die einzelnen Schularten verteilt. Bleibt zu hoffen, dass genug Aufklärungsarbeit bis dahin geleistet wurde und zumindest ein Großteil der Referendare eingestellt werden kann.

Nur durch intensive Zusammenarbeit und Engagement jedes Einzelnen kann an der derzeitigen Situation etwas verändert werden. Öffentlichkeit

und Politik müssen auf die Probleme, die durch den Sparkurs der Bayrischen Staatsregierung im Öffentlichen Dienst verursacht werden, aufmerksam gemacht werden.

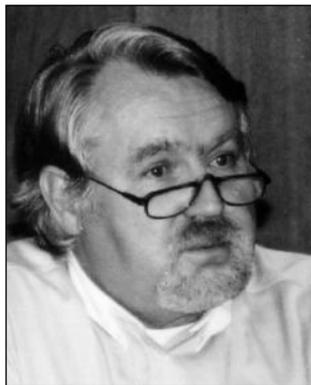
Zum Abschluss der Podiumsdiskussion stellte VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann noch die Frage nach Anregungen und Verbesserungsvorschlägen für die Lehrerausbildung. Allerdings zeigten sich die Referendare sichtlich zufrieden, da jeder einfach nur hofft, dass es so bleibt wie es ist und es nicht bald heißt, am Referendariat könnte gut gespart werden.

#### Dank

Abschließend bedankten sich Edigna Kellermann und Jürgen Krotter bei Thomas Barmetler und Engelbert Wiedemann für ihr zweijähriges Amt als Referendarsprecher und beim VLB-Landesvorsitzenden Hans Käfler für ein perfekt organisiertes Treffen der Referendare, mit einer erstklassigen Verköstigung und Unterkunft. Käfler seinerseits bedankte sich bei Georg Hirner und Heiko Pohlmann, dass sie den Weg nach Passau gefunden und sich den Fragen der Referendare gestellt hatten.

*Edigna Kellermann/Jürgen Krotter*

## Senioren



### Beratung praktisch

In VLB akzente Heft 12/2002 und Heft 01/2003 und als Sonderdruck „Senioren-Service“ hatten wir die gesetzlichen Regelungen für die Berech-

nung von Witwen- bzw. Witwergeld beim Zusammentreffen von

- a) Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Erwerbseinkommen
- b) mehreren Versorgungsbezügen (Pensionen)
- c) Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Renten

in groben Zügen dargestellt. Eine schwierige Materie, in die in diesem Rahmen nur eingeführt werden konnte. Verständlich natürlich der Ruf nach konkreten Berechnungsbeispielen. Hier muss – wieder – grundsätzlich auf die zuständigen Besoldungsstellen als einzig verbindliche Auskunftsstellen verwiesen werden.

Trotzdem – für die häufigste Nachfrage-Konstellation: beide Ehepartner im öffentlichen Dienst – Beamte – also Zusammentreffen von „mehreren Versorgungsbezügen“ stehen in der VLB-Geschäftsstelle zwei Musterrechnungen unverbindlich zum Abruf bereit bzw. sind auf der Internetseite des VLB: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) in der Rubrik Fachgruppen > Senioren herunterladbar.

Bei Ihrer persönlichen Berechnung berücksichtigen Sie bitte noch die nachfolgenden Ausführungen:

Grundsätzlich werden die erworbenen Ruhegehälter eines Beamtenehepaares nebeneinander voll ausgezahlt, wobei jedoch der Familienzuschlag jeweils nur zur Hälfte anzusetzen ist. Beim Tod eines Ehepartners erwirbt der überlebende Ehegatte einen Witwen- oder Witwergeldanspruch. Jedoch werden dann beide Versorgungsbezüge nicht voll nebeneinander gezahlt, sondern es kommt zu einem teilweisen Ruhen des Ruhegehalts (nicht des Witwen-/Witwergeldes). Nach § 54 BeamtVG ist eine Ruhensberechnung durchzuführen, wobei zu berücksichtigen ist, dass nunmehr der Familienzuschlag sowohl bei dem Ruhegehalt als auch bei dem Witwen-/Witwergeld in voller Höhe anzusetzen ist.

Es wird ein Witwen- bzw. Witwergeld von 60 Prozent angenommen; die Absenkung bei den jüngeren Beamten auf 55 Prozent wird hier nicht berücksichtigt.

Ihre persönlichen Grunddaten – Besoldungsgruppe, Grundgehalt, Stel-

lenzulage, Anpassungszuschlag, Familienzuschlag, Ruhegehaltssatz, Versorgungsabschlagssatz u. a. – entnehmen Sie bitte Ihrer letzten Gehaltsabrechnung.

In die Tabelle A – Aufbereitung von Grunddaten für ..., setzen Sie Ihre persönlichen Daten ein (Familienzuschlag voll); möglicherweise entfallen Stellenzulage, Anpassungszuschlag, Versorgungsabschlag u. a. Im Übrigen lassen Sie sich von dem Schema führen.

Mit der Tabelle B können Sie dann den Versorgungsanspruch der Ehefrau bei Tod des Ehemannes errechnen, mit der Tabelle C den Versorgungsanspruch des Ehemannes bei Tod der Ehefrau. Auch hier führt das Schema. Das Ineinandergreifen von Daten des Ehemannes und der Ehefrau kann verwirren. Wenn Sie sich jedoch streng an die Vorgaben halten, kann eigentlich nichts schief gehen.

Die Beispiele gehen konkret vom Zusammentreffen von

1. A 16 und A 15
2. A 15. und A 11L aus.

Auffallend: Je unterschiedlicher die Gehaltsgruppen, desto günstiger die Auswirkungen für den geringer Verdienenden. *Berthold Schulter*

## Zentrales Register für Vorsorgevollmachten

### Der Sachverhalt:

Für den Notfall – Unfall, Krankheit, Demenz ... bei/in dem der Betroffene nicht in der Lage ist „seine Angelegenheiten zu besorgen“, aber Entscheidungen zu treffen sind, – Zustimmung zu einer riskanten Operation, finanzielle Verfügungen – sollte eine andere Person durch eine Vollmacht zu diesen Rechtsgeschäften legitimiert werden. Wurde für den Notfall niemand bevollmächtigt, so muss über das Vormundschaftsgericht i. d. R. ein Betreuer bestellt werden – und das dauert Zeit.

Nun hat sich herausgestellt, dass zwar häufig ein/e Bevollmächtigte/r bestellt wurde, dies aber im Notfall

nicht bekannt ist. Um dieses Dilemma zu beheben, wurde zum 1. März 2005 das „Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer in Berlin“ errichtet, in das jeder erteilte Vorsorgevollmachten eintragen lassen kann. Mit dem Register – so das Justizministerium und die Bundesnotarkammer – könne nun schnell und sicher geklärt werden, wer einer riskanten Operation zustimmen muss oder finanzielle Fragen regelt.

Vorsorgevollmachten müssen nicht notariell beglaubigt werden. Die Eintragung ist gebührenpflichtig – zur Zeit 18,50 Euro. Antragsformulare übersendet die Bundesnotarkammer. Anschrift: Bundesnotarkammer Zentrales Vorsorgeregister Postfach 080151, 10001 Berlin

Musterantragsformulare sind ebenfalls in der VLB-Geschäftsstelle abruf- bzw. auf der Internetseite des VLB: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) in der Rubrik Fachgruppen > Senioren herunterladbar. *Berthold Schulter*

## Personalien



### In memoriam Professor Dietrich Arneth

Am 13. März, einen Tag nach seinem 74. Geburtstag, starb Prof. Dietrich Arneth nach längerem Leiden.

Prof. Arneth studierte Wirtschaftswissenschaften und kam 1955 an die Berufsschule 4 in Nürnberg. 1970 wechselte er an die Höhere Wirtschaftsschule der Stadt Nürnberg, die ein Jahr später als Fachbereich Betriebswirtschaft in die neu gegründete

Fachhochschule eingegliedert wurde. Dort lehrte unser Kollege bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 1994 vorwiegend Steuerrecht. Zusätzlich bekleidete er die Ämter eines Vizepräsidenten und eines Dekans.

Im Verband der Diplom-Handelslehrer wirkte er 2 Jahrzehnte in der Vorstandschaft als Schatzmeister sowie im Verband der Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern. 1995 wurde ihm für seine Leistungen das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Wir trauern um ihn; seiner Familie gilt unser Mitgefühl. *Hermann Braun*

## Wir gratulieren im Juli ...

### ... zu Geburtstagen über 90

**Friedmann, Katharina**, 30.07.1907

94315 Straubing, KV Donau Wald

**Frank, Erika**, 31.07.1912

97072 Würzburg, KV Würzburg

**Wiedemann, Karl**, 30.07.1913

82362 Weilheim, KV Obb. Südwest

### ... zum 85. Geburtstag

**Krebs, Friedrich**, 22.07.

96049 Bamberg,

KV Bamberg-Forchheim

### ... zum 80. Geburtstag

**Förster, Erna**, 27.07.

93170 Bernhardswald,

KV Regensburg

**Fuchs, Heinz**, 05.07.

87509 Immenstadt, KV Allgäu

### ... zum 75. Geburtstag

**Erras, Erwin**, 26.07.

91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd

**Häusler, Herbert**, 24.07.

93055 Regensburg,

KV Regensburg

**Heilmann, Ludwig**, 09.07.

97204 Höchberg, KV Würzburg

**Hergert, Gerhard**, Wolfgang 01.07.

90547 Stein, KV Nürnberg

**Lenz, Ernst**, 12.07.

97753 Karlstadt, KV Würzburg

**Lösch, Friedemann**, 30.07.

81549 München,

KV Rosenheim-Miesbach

... zum 70. Geburtstag

**Baumann, Siegmund**, 19.07.  
84543 Winhöring,  
KV Altötting-Mühlendorf  
**Baumann, Winfried**, 25.07.  
87719 Mindelheim, KV Cham  
**Fuhrer, Günter**, 18.07.  
91617 Oberdachstetten, KV Mfr.-Süd  
**Glasstetter, Robert**, 05.07.  
89264 Weissenhorn, KV Nordschwaben  
**Michl, Christine**, 22.07.  
94234 Viechtach, KV Donau Wald  
**Fischer Charlotte**, 20.05.  
97084 Würzburg, KV Würzburg

... zum 65. Geburtstag

**Ach, Jörg**, 03.07.  
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben  
**Baumann, Udo**, 03.07.  
96328 Oberlangenstadt,  
KV Ofr. Nordwest  
**Bucka, Karin**, 05.07.  
91315 Höchstadt, KV Mfr.-Nord  
**Eigendorf, Manfred**, 25.07.  
93158 Teublitz, KV Schwandorf  
**Kolbinger, Walter**, 25.07.  
94034 Passau, KV Ndb.-Ost  
**Lehner, Hanns**, 05.07.  
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach  
**Maier, Jürgen**, 22.07.  
87437 Kempten, KV Allgäu  
**Meixner, Ludwig**, 16.07.  
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd  
**Oswald, Traudlinde**, 16.07.  
93497 Willmering, KV Cham  
**Taubenböck, Johann**, 06.07.  
84359 Simbach, KV Ndb.-Ost  
**Walter, Siegmund**, 23.07.  
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

... zum 60. Geburtstag

**Berg, Peter Ulrich**, 17.07.  
87534 Oberstaufen, KV Allgäu  
**Buchegger, Klaus**, 21.07.  
82178 Puchheim, BV München  
**Buchner, Artur**, 20.07.  
85072 Eichstätt, KV Obb.-Nordwest  
**Hacker Gerhard**, 07.07.  
90455 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Hofmann, Günter**, 12.07.  
91413 Neustadt, KV Mfr.-Nord  
**Horlebein, Manfred**, 26.07.  
63839 Kleinwallstadt, KV Nürnberg  
**Kujas-Frank, Ursula**, 16.07.  
81927 München, BV München  
**Menzel, Birgit**, 28.07.  
94081 Fürstentzell, KV Ndb.-Ost

**Nees, Siegfried**, 01.07.  
97271 Kleinrinderfeld, KV Würzburg  
**Wirth, Annelene**, 08.07.  
91224 Pommelsbrunn, KV Amberg-Sulzbach  
**Zwengauer, Norbert**, 28.07.  
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald

**Ludwig, Bernd**, BV München  
**Maier, Werner**, KV Nürnberg  
**Schneller, Werner**, KV Ofr.-Nordost  
**Schwiedernoch, Friedrich**, KV Nürnberg  
**Sturm, Ingo**, KV Würzburg  
**Süß, Josefine**, KV Obb.-Südwest  
**Weiss, Werner**, KV Main-Rhön

In den Ruhestand sind gegangen ...

**Ach, Jörg**, KV Nordschwaben  
**Avellis, Dieter**, KV Regensburg  
**Baumann, Udo**, KV Ofr.-Nordwest  
**Horner, Hildegard**, KV Schwandorf  
**Keller, Dieter**, KV Obb.-Südwest  
**Lamarche, Heinrich**, KV Nordschwaben

Wir trauern um ...

**Prof. Arneith, Dietrich**, KV Nürnberg (74)  
**Engelmann, Walter**,  
KV Amberg-Sulzbach (66)  
**Dr. Gebhard, Erich**,  
KV Rosenheim-Miesbach (77)  
**Müller, Gernot**, KV Untermain (79)  
**Roth, Albert**, KV Nordschwaben (86)

Vermischtes

BV Oberbayern

VLB beim Halbmarathon in Ingolstadt

Bei herrlichem Frühlingswetter startete eine VLB-Mannschaft des Bezirksverbandes am Samstag, 23. April 2005 beim Halbmarathon in Ingolstadt. Trotz der eingeschränkten Vorbereitungsphase wegen des langen Winters kamen alle Teilnehmer erfolgreich und zufrieden ans Ziel. Bei knapp 3500 Teilnehmern und über 20000 Zuschauern war der Stadtmarathon in Ingolstadt für alle ein großes Erlebnis.

Wer als oberbayerisches VLB-Mitglied Interesse für die Teilnahme an

Laufwettbewerben hat, meldet sich bitte bei Hans Sommerer (E-Mail: johannes.sommerer@web.de oder Tel. 08442-4522). Jedes VLB-Mitglied bekommt die Startgebühr für die Teilnahme an einem Laufwettbewerb vom jeweiligen VLB-Kreisverband erstattet.

Für das laufende Jahr 2005 ist die Teilnahme einer oberbayerischen VLB-Mannschaft an folgenden Laufwettbewerben geplant:

- Halbmarathon (21 km) in Altötting am 04. 09. 2005.
- Halbmarathon (21 km) Tegernsee-lauf am 25. 09. 2005
- Stadtlauf (11 km) in Pfaffenhofen am 01. 10. 2005 *Hans Sommerer*



Die VLB-Teilnehmer kurz vor dem Start beim Halbmarathon in Ingolstadt. Von links: Hans Sailer (BS Freising), Albert Thurner (BS Pfaffenhofen), Hans Sommerer (BS Pfaffenhofen), Georg Eberl (Reg. v. Obb.).

# Neuschaden-Meldung an Trans/Telcon Versicherungen



in Kooperation mit

## Trans/Telcon Versicherungen

Verband der Lehrer an beruflichen  
Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
Dachauer Straße 4

80335 München

Fax-Nr. 089-5 50 44 43

### Haftpflichtversicherung Nr. 5 10 55 65 69

Die Mitgliedschaft des Antragstellers im  
Verband der Lehrer an beruflichen Schulen  
in Bayern wird bestätigt.

Art des Schadens  Amtshaftpflicht  
 Diensthaftpflicht  
 Privathaftpflicht

Interne Schadensnummer des VLB:

\_\_\_\_\_

Versicherungs-Vertragsnummer 510 55 65 69

Schadenstag \_\_\_\_\_

Versicherungsnehmer \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ erreichbar von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

Geschädigter/Sonstige \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ erreichbar von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

Kurze Schilderung \_\_\_\_\_

Sachverhalt \_\_\_\_\_

Besonderheiten \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift

Wir bitten Sie, die Schadensmeldung umgehend an die Geschäftsstelle zu übersenden. Wir bestätigen Ihre Mitgliedschaft und reichen die Schadensmeldung umgehen an die Trans/Telcon Versicherung weiter.

\_\_\_\_\_

Bei Haftpflichtschadensmeldung bitte dieses Formular verwenden.



Wiederholt erhielt der VLB Anfragen, welche Beiträge vom einzelnen Mitglied zu entrichten sind. Nachfolgend finden Sie deshalb unsere aktuelle Beitragsordnung (Stand: 1. Januar 2005):

## Beitragsordnung

Der Beitrag richtet sich grundsätzlich nach den A-Besoldungsgruppen. Die Beitragsordnung unterscheidet hierbei nach vier Gruppen:

- Gruppe A = Besoldungsgruppen A 15 / A 16
- Gruppe B = Besoldungsgruppen A 13 / A 14
- Gruppe C = Besoldungsgruppe A 12
- Gruppe D = Besoldungsgruppen A 10 / A 11

Der Vollbeitrag beträgt 0,39 % des Grundgehaltes in der 1. Dienstalterstufe der Besoldungsgruppen A 15, A 13, A 12 bzw. A 10.

Nr.	Beschreibung	Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
1	Vollbeitrag	14,92	11,01	9,79	7,89
2	Pensionisten (50 % des Vollbeitrags)	7,46	5,51	4,90	3,95
3	Teilzeitbeschäftigte, Altersteilzeit (60 % des Vollbeitrags)	8,95	6,60	5,87	4,74
4	bei weiterer Mitglied- schaft in einem befreun- deten Lehrerverband (60 % des Vollbeitrags)	8,95	6,60	5,87	4,74
5	Ehepartner eines Vollmitglieds (40 % des Vollbeitrags)	5,97	4,40	3,92	3,16
6	Nebenberufliche Lehrkräfte (40 % des Vollbeitrags)	5,97	4,40	3,92	3,16
7	Referendare / FL-Anwärter (40 % des Vollbeitrags)	–	2,56	–	2,56
8	Beurlaubte und arbeitslose Lehrkräfte mit Versicherung (20 % des Vollbeitrags)	2,99	2,20	1,96	1,58
9	Studenten (Lehramt an berufl.Schulen bzw. Dipl.Handelslehrer), ohne Versicherung	–	–	–	–

Die Beträge in vorstehender Tabelle sind Euro-Monatsbeiträge.

Für Altmitglieder des VDH, die nicht Mitglied in der Gruppen-Privat- und Amts- und Diensthaftpflichtversicherung des VLB sind, wird ein Abschlag von 10,23 Euro pro Jahr gewährt. Alle neu eintretenden Mitglieder sind automatisch versichert.

Die Lehrkräfte des Gesundheitswesens, sowie angestellte Lehrer und Fachlehrer werden wie folgt eingestuft:

- BAT I, Ia, Ib = Gruppe B
- BAT II a/b = Gruppe B
- BAT III = Gruppe C
- BAT IV a und b = Gruppe D 1
- KR 8 und KR 9 = Gruppe D 1
- BAT V b, KR 7 = Gruppe D 3



Der Bezirk Oberbayern als Träger des Berufsbildungswerks München sucht für seine Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkte Hören und Sprache zum 01.09.2005 eine/n

### SCHULLEITERIN / SCHULLEITER

Die Planstelle ist nach BesGr. A14 + Z BBesG bzw. VergGr. I b BAT bewertet.

#### VORAUSSETZUNGEN:

- Abgeschlossenes Studium der Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik in Verbindung mit einer Zusatzqualifikation in einem der folgenden Berufsfelder: Holz, Metall, Textil, Druck und Papier, Medien, Gesundheit oder Agrar bzw.
- Abgeschlossenes Studium des Lehramts für berufliche Schulen
- Mindestens fünfjährige Lehrererfahrung an einer beruflichen Schule
- Nachweis von Erfahrungen in den Bereichen Qualitätssicherung und Schulentwicklung
- Bereitschaft zur Mitarbeit im multiprofessionellen Leitungsteam des Berufsbildungswerkes
- Hohes Maß an Kreativität, Verantwortungsbewusstsein und Selbstständigkeit bei der Schulorganisation

Für die Besetzung der Stelle kommen vorrangig Beamtinnen und Beamte mit der oben genannten Befähigung in Betracht. Die Stelle kann jedoch auch im Angestelltenverhältnis besetzt werden, wenn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

Wir suchen eine innovative und belastbare Persönlichkeit, die den pädagogischen Auftrag der Schule weiterentwickeln kann und es versteht, die aktuellen Veränderungen in der beruflichen Bildung zeitnah umzusetzen. Die Position beinhaltet gleichzeitig die ständige Vertretung der Leiterin des gesamten Berufsbildungswerkes des Bezirks Oberbayern in Johanneskirchen.

#### KONTAKT:

Für weitere Informationen und Rückfragen steht Ihnen Herr Ralf Steinwand, Tel. 089/95728-464, E-Mail: ralf.steinwand@bezirk-oberbayern.de zur Verfügung.

Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum 24.06.2005 an das

### BERUFSBILDUNGSWERK MÜNCHEN Musenbergstr. 30-32, 81929 München

Der Bezirk Oberbayern hat sich die berufliche Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt und ist deshalb in diesem Bereich, in dem sein Anteil weiblicher Beschäftigter bislang nur gering ist, besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



**Kompetenz und Erfahrung**  
**Versicherungs**  
**Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419  
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

## z.B. Absicherung für die "Ältere Generation!"

Unser Vorsorgepaket "**Generation Sicherheit**" ist ganz speziell auf die Lebenssituation älterer Menschen zugeschnitten.

- Unfallversicherung mit Assistenzleistungen sowie Leistungen bei unfall- oder krankheitsbedingter Erblindung und bei einem Oberschenkelhalsbruch
- Pflegeitagegeld
- Sterbegeld

**Abschließbar zwischen 50 und 85 Jahren.**  
**Auch ohne Gesundheitsprüfung!**

## Termine

### Einladung zur

#### Material- und Ideenbörse – von der Praxis für die Praxis „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“

am Freitag, 1. Juli 2005, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr, in München am Lehrstuhl für Pädagogik, TU München, Lothstraße 17

#### Programm

- 10.00 Uhr Eröffnung: Prof. Andreas Schelten  
Lehrstuhl für Pädagogik, TU München
- 10.30 Uhr „Offene“ Materialbörse  
bis Ausstellungsangebote aus den Bereichen Technik/ Gewerbe,  
16.00 Uhr Wirtschaft/Verwaltung und Gesundheit/Pflege an beruflichen  
Schulen: Selbst erstelltes Lern- und Unterrichtsmaterial, Lern-  
Lernzirkel, Lernspiele, zahlreiche Unterrichtsideen und Konzepte.

#### Veranstaltungen in Form von thematisch unterschiedlichen Vorträgen und Workshops, zum Beispiel ...

- 10.30 Uhr Schüleraktivität im Unterricht – Lernzirkelarbeit -  
bis Planspiel – Leittextmethode – Lehrer-Schüler-Rolle – Ideen für  
16.00 Uhr kreativen, ganzheitlichen Unterricht – Lernfelder im Unterricht –  
Einführung in die Erlebnispädagogik – Lernspiele im Unterricht –  
Lehrer-Schülergesundheit

Abends: Back to the Roots (Fachschaft LB)

Veranstalter: Reformpädagogisches Forum zusammen mit dem Lehrstuhl für Pädagogik, TU München, [www.paed.wi.tum.de](http://www.paed.wi.tum.de)

Kontakt: Dr. Alfred Riedl, Lehrstuhl für Pädagogik, TU München, Norbert Loos, Staatl. BS Rothenburg o.d.T.

Vom KM genehmigte Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen – Teilnahmebescheinigung wird ausgestellt (Anmeldung ist nicht erforderlich)

## Intensivbehandlung akuter Stimmstörungen

**Termin:** 10. Juli 2005 bis 22. Juli 2005

Nähere Informationen:

SBBZ Coburg der Medau-Schule  
Schloss Hohenfels, 96450 Coburg

Tel.: 0 95 61-2 35 1 0

E-Mail: [logopaedie@medau-schule.de](mailto:logopaedie@medau-schule.de)

<http://www.sbbz-coburg.de>

### Autorenverzeichnis

#### Dietrich, Hans

FOS/BOS, Schloßplatz 6, 95028 Hof,  
Tel.: 0 92 81-8 46 55

#### Götz, Marion

VLB-Referentin für Dienstrecht  
Gleiwitzer Str. 16, 92421 Schwandorf,  
Tel.: 0 94 31-79 95 59

#### Heinemann, Klaus

BBZ, Bodenseestr. 415, 87700 Memmingen,  
Tel.: 0 83 31-9 64 90

#### Kellermann Edigna / Krotter, Jürgen

VLB-Referendarsprecher  
Klosteranger 18, 82256 Fürstenfeldbruck,  
Tel.: 0 81 41-34 89 28

#### Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und  
Hauptpersonalrat, Gramschatzer Ring 6,  
97222 Rimpf, Tel.: 0 93 63-52 78

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter, Weitstr. 66,  
80935 München, Tel.: 0 89-38 58 40 84

#### Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,  
Tel.: 09 31-70 76 91

#### Bernhard Zeller

VLB-Referent für Wirtschaftsschulen  
Widderstr. 17c, 86167 Augsburg,  
Tel.: 08 21-71 33 00

## Aus aktuellem Anlass

„Einstellung 2005 – Das reicht nicht!“

### VLB und HPR fordern Abbau von Pflichtunterrichtsausfall!

Ein Blick über die bayerischen Grenzen zeigt, was machbar ist: Baden-Württemberg stellt zusätzlich 270 (!) Lehrkräfte über den Ersatzbedarf in die beruflichen Schulen zur Vermeidung von Pflichtunterrichtsausfall ein.

Doch zurück in die bayerischen beruflichen Schulen: Das bislang praktizierte Einstellungsverfahren im Bereich der staatlichen beruflichen Schulen – Kombination von Direktbewerbungs- und Zuweisungsverfahren – wird zum Schuljahr 2005/2006 fortgeführt.

Seit 31. Mai 2005 bis einschließlich 30. Juni 2005 werden auf der Internetseite des Ministeriums sämtliche Möglichkeiten für Neueinstellungen ausgeschrieben. Die Aktualisierung erfolgt am 10. Juni 2005 und 21. Juni 2005.

Im Unterschied zum vergangenen Jahr werden sämtliche Möglichkeiten für Neueinstellungen (unabhängig von ihrer Wertigkeit und unabhängig von der Anzahl der Aushilfen für Vertretungen) ausgeschrieben.

Für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen umfassen die Einstellungsmöglichkeiten im Schuljahr 2005/2006 ca. 184 Stellen – Planstellen, Dreiviertel-Superverträge und Jahresverträge.

Den staatlichen Fachober- und Berufsoberschulen stehen für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen insge-

samt ca. 63 Einstellungsmöglichkeiten bayernweit zur Verfügung.

Nach Bekanntwerden der Gesamtprüfungsnote ca. ab Ende Juli 2005 wird dann je nach Bewerber entschieden werden, wer eine Planstelle, einen Dreiviertel-Supervertrag (mit Zusage der Verbeamtung nach zwei Jahren), einen befristeten einjährigen Vertrag oder keine Anstellung erhält.

Während des laufenden Schuljahres besteht die Möglichkeit eine Beschäftigung als Aushilfslehrkraft im staatlichen Schuldienst aufzunehmen. Die Einstellung von Aushilfslehrkräften nimmt auf Vorschlag des Schulleiters die zuständige Bezirksregierung vor. Wenden Sie sich daher wegen eines Aushilfsvertrages direkt an die Schule, an der Sie eine Beschäftigung anstreben bzw. das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus bei Fachoberschulen/Berufsoberschulen.

Das Versetzungsverfahren innerhalb der staatlichen beruflichen Schulen wird weiterhin als sog. offenes Versetzungsverfahren weitergeführt. Stellen, auf die sich die staatlichen Versetzungsbewerber bewerben können, sind seit 31. Mai 2005 auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht. Auf das Informationsblatt zum Versetzungsverfahren im Internet wird verwiesen.

Informationen unter:

<http://www.km.bayern.de/km/schule/schularten/berufliche/forum/einstellung/index.shtml>

*Wolfgang Lambel*